

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1992

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Statistik am Oberrhein	277	Zum Drei-Länder-Kongreß „Wirtschaftsraum Oberrhein – Ein Modell für Europa“ haben die statistischen Ämter des Oberrhein-Gebietes zwei Publikationen mit rund 300 vergleichbaren Daten für die Südpfalz, für Baden, das Elsaß und die Nordwestschweiz herausgegeben.
<hr/>		
Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1989	281	Für die Statistiken über die Steuern vom Einkommen ist ein dreijähriger Erhebungsturnus festgelegt. Die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1989 liegen nunmehr vor.
<hr/>		
Erwerbstätigkeit 1991	285	Die Erwerbsstrukturen nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1991 und Veränderungen im Erwerbsverhalten werden dargestellt.
<hr/>		
Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau 1992	289	Anhand von Auswertungen der allgemeinen Gemüseanbauerhebung 1992 werden die Entwicklung des Anbaues einzelner Gemüsearten und regionale sowie einzelbetriebliche Erzeugungsstrukturen dargestellt.
<hr/>		
Anbau von Getreide und Ölfrüchten vor dem Hintergrund der EG-Agrarpolitik	294	Knapp 82 % der landwirtschaftlichen Betriebe brauchen nicht an der sogenannten „konjunkturellen“ Stilllegung, die im Rahmen der EG-Agrarreform eingeführt wurde, teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund wird über die derzeitige Struktur des Getreide- und Ölfruchtanbaues berichtet.
<hr/>		
Anhang	89*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	95*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Bestellkarte

Ich bestelle _____ Exemplar/e

Statistisches Jahrbuch 1992/93

Preis: DM 40,- zuzüglich Porto

Name / Dienststelle / Firma :

() _____

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Datum

Unterschrift

60 Pf.

Porto

POSTKARTE

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems

Berichtigung

Auf der vorletzten Seite von „kurz + aktuell“ muß es in der Überschrift heißen

Nahezu 600 Kollegiaten in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Inhaltsverzeichnis

1992

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Systematisches Inhaltsverzeichnis

des Textteils der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz

45. Jahrgang 1992

Allgemeines	Heft	Seite
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik	1	1
Neues Konzept für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung	3	41
Rheinland-Pfalz – Porträt einer Region Europas	9	187
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Statistik am Oberrhein	12	277
 Bevölkerung		
Haushalte und Familien	1	7
Die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 1989 und 1990	2	25
Ehescheidungen 1950 bis 1991	3	53
7. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung	4	61
 Erwerbstätigkeit		
Integriertes Konzept der Erwerbstätigenschätzung	2	21
Die freien Berufe in der amtlichen Statistik	2	35
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ihr Entgelt	3	44
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1991	8	166
Erwerbstätigkeit 1991	12	285
 Wahlen		
Wählerstruktur der Parteien seit 1957	10	213
 Gesundheitswesen		
Meldepflichtige übertragbare Krankheiten im Jahre 1991	6	127
Todesursachen 1991	11	266
 Land- und Forstwirtschaft		
Langfristige regionale Entwicklung der Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz	1	12
Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben	4	75
Landwirtschaftliche Bodennutzung 1971 bis 1991	6	105
Landwirtschaftliche Betriebe 1971 bis 1991	7	145
Ernteerträge und -aussichten 1992	8	176
Die Weinanbaugebiete und ihre wirtschaftliche Bedeutung	9	197
Zwischenfruchtanbau 1991	10	228
Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau 1992	12	289
Anbau von Getreide und Ölfrüchten vor dem Hintergrund der EG-Agrarpolitik	12	294
 Produzierendes Gewerbe		
Gewerbegründungen 1991	5	95
Das Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbe 1980 – 1990	6	111
Der Raum Pirmasens – Zentrum der deutschen Schuhindustrie	9	207
 Bautätigkeiten und Wohnungen		
Baugenehmigungen 1991	4	66
Baufertigstellungen 1991	7	149
Bauüberhang 1991	11	256

Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen	Heft	Seite
Handel mit Lateinamerika	6	121
Der Fremdenverkehr in Kleinbeherbergungsstätten 1991	7	155
Handelsbeziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien	10	231
Piloterhebung im Dienstleistungssektor	11	243
 Umweltschutz		
Öffentliche Abfallbeseitigung	10	236
 Verkehr		
Omnibustourismus	6	116
Unfallentwicklung auf Autobahnen	7	158
 Öffentliche Sozialleistungen		
Einrichtungen und Personal in der Jugendhilfe am Jahresanfang 1991	4	69
Empfänger von pauschalisiertem Wohngeld	10	222
Wohngeld 1991	11	249
 Öffentliche Finanzen und Steuern, Personal		
System der Personalstatistiken	1	4
Sachinvestitionen der öffentlichen Körperschaften	5	83
Der Umsatz der Unternehmen und seine Besteuerung 1990	5	88
Frauen im Landesdienst	7	135
Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip	8	163
Insolvenzen im ersten Halbjahr 1992	11	261
Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1989	12	281
 Preise, Löhne und Gehälter		
Verdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich	3	50
Energiepreise 1980 bis 1991	5	101
Langfristige Entwicklung der Verbraucherpreise und des Verbraucherverhaltens	7	140
Entwicklung der Verbraucherpreise seit Juni 1991	8	172
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993	10	220
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe	8	181
 Automatische Datenverarbeitung		
Das Landesinformationssystem	3	58
Die Einbindung des Arbeitsplatz-Computers in den Datenverarbeitungsprozeß	4	78
Krankenhaus-Controlling	6	130
Die Konjunkturdatei im Landesinformationssystem	11	271
Neues Betriebssystem im Rechenzentrum	11	274
 Regionalberichte über kreisfreie Städte und Landkreise		
Zahlen-Beilagen zu den Heften April und Oktober		

Zeichenerklärungen

-	genau Null / nichts vorhanden	D	Durchschnitt
0	Zahl ungleich Null, aber kleiner als die Hälfte des Wertes der kleinsten ausgewiesenen Stelle	p	vorläufige Angabe
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigte Angabe
...	Angabe fällt später an	s	geschätzte Angabe
()	Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

NEUAUFLAGE



Das unentbehrliche Nachschlagewerk
enthält ausgewählte Daten in Tabellen-
form über alle Bereiche des öffentlichen
Lebens.

Oktav-Format

Preis: DM 40,- zuzüglich Porto

Nutzen Sie die Möglichkeit, das Stati-
stische Jahrbuch mit der beigefügten
Postkarte zu bestellen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Statistik am Oberrhein

Die amtliche Statistik erfüllt die Datenforderungen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Dies gilt für die traditionellen nationalen und regionalen Aufgaben und mit dem Zusammenwachsen Europas zunehmend auch für die EG als Ganzes wie für die grenzüberschreitenden Regionen.

Die Zusammenarbeit der nationalen und regionalen statistischen Ämter über die Grenzen hinweg wird seit vielen Jahren praktiziert. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ist an solchen Kooperationen für die Grenzregionen Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz sowie Oberrhein beteiligt.

Zum Drei-Länder-Kongreß „Wirtschaftsraum Oberrhein – Ein Modell für Europa“ haben die statistischen Ämter des Gebietes am Oberrhein im Rahmen einer Arbeitsgruppe „Oberrhein im Spiegel der Statistik – Daten und Fakten“ zwei Gemeinschaftsveröffentlichungen publiziert: Den Band „Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein“ und die Broschüre „Oberrhein – Mitten in Europa“. Sie enthalten rund 300 vergleichbare statistische Daten für die rheinland-pfälzische Südpfalz, für Baden, Elsaß und die Nordwestschweiz. Beteiligt waren die Statistischen Landesämter Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die INSEE-Regionaldirektion Elsaß und die statistischen Ämter von Basel-Stadt und Basel-Landschaft unter Mitarbeit der Regio-Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz.

Mehr über dieses Thema auf Seite 277.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im November 1992		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Nov. 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	111,9	2,0
Bekleidung, Schuhe	114,5	2,7
Wohnungsmieten	126,7	6,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,2	- 0,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,7	3,1
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,0	2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	118,0	2,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	114,0	4,7
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	129,2	8,1
Gesamtlebenshaltung	116,7	3,7
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	116,2	3,5
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	117,5	4,0
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	116,2	3,4

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Mehr Erwerbspersonen

Im April 1991 waren 1 833 000 Personen oder fast die Hälfte der Rheinland-Pfälzer Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose). 95 % von ihnen gingen einer Erwerbstätigkeit nach, 91 000 (5 %) waren erwerbslos.

Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, die Erwerbstätigenquote, lag bei gut 46 %. Diese Quote betrug bei den Männern rund 58 % und bei den Frauen 35 %.

Im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft waren 4 % der Erwerbstätigen beschäftigt, im produzierenden Gewerbe 41 %, auf Handel und Verkehr entfielen 17 % und auf Dienstleistungen u. ä. 34 %. zn

Mehr über dieses Thema auf Seite 285.

35 500 DM durchschnittlicher Bruttolohn je Arbeitnehmer

In der Lohnsteuerstatistik von Rheinland-Pfalz wurden 1989 rund 1,6 Mill. Arbeitnehmer erfaßt, die für einen Bruttolohn von 57 Mrd. DM knapp 8,7 Mrd. DM Lohnsteuer zahlten.

Der durchschnittliche Bruttolohn lag im Jahre 1989 bei gut 35 500 DM je nichtselbständig Erwerbstätigen. Das sind knapp 12 % mehr als in der vorausgegangenen Statistik für das Erhebungsjahr 1986. Gut die Hälfte der Arbeitnehmer erzielte ein Einkommen zwischen 30 000 DM und 50 000 DM. Sie verdienen zwei Drittel des gesamten Bruttolohns. Im Schnitt waren von 100 DM Verdienst 15,40 DM Lohnsteuer zu entrichten. hau

Mehr über dieses Thema auf Seite 281.

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um den Bericht der Arbeitsgruppe 1 „Wirtschaftsraum Oberrhein – Daten und Fakten“ zum Drei-Länder-Kongreß „Wirtschaft am Oberrhein“ in Karlsruhe am 3. / 4. Dezember 1992. Der Verfasser ist Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe, in der neben Vertretern der amtlichen Statistik aus den vier beteiligten Partnerregionen die Wirtschaftsministerien und andere staatliche und kommunale Behörden sowie Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern beteiligt waren.

Der Oberrhein im Spiegel der Statistik – Daten und Fakten

Ein Beitrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der statistischen Ämter von Elsaß, Nordwestschweiz, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

1. Bedarf an grenzüberschreitenden Statistiken

Das Wort Statistik hat Achenwall im 18. Jahrhundert aus dem italienischen „Statista – der Staatsmann“ geprägt. Statistik ist also das, was der Staatsmann wissen sollte. Dieses Wissensbedürfnis ist da – die Aufträge an die Statistiker, die sich in Jahrzehnten in nationalen statistischen Gesetzen niedergeschlagen haben, sind Legion. Gleiches gilt für die neuen europäischen Dimensionen, für die EG als Ganzes wie für die sogenannten grenzüberschreitenden Regionen.

Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung in der EG und die immer stärkere Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen von den nationalen Regierungen auf die EG-Ebene machen eine Ausrichtung der nationalen Statistiken auf ein einheitliches europäisches Konzept erforderlich. Dies gilt ganz besonders für solche Statistiken, die über ihre eigentliche Aufgabe als Hilfestellung zur Planung und Kontrolle von Maßnahmen hinaus als Meßlatte für finanzielle Leistungen benutzt werden. So beispielsweise das im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erstellte Bruttosozialprodukt, in das zahlreiche Wirtschaftsstatistiken eingehen und das als eine Art internationale Besteuerungsgrundlage für das Volumen des EG-Haushalts, für die Bemessung eines Teils der EG-Eigenmittel und im Zusammenhang mit den EG-Strukturfonds verwandt wird.

Bedarf an statistischen Daten besteht traditionell im Bereich von Politik und Verwaltung. Ein zunehmendes Interesse kommt in den letzten Jahren von Wirtschaft und Wissenschaft. Wir Statistiker sind dankbar, im Programm dieses Wirtschaftskongresses einen bedeutenden Part übernehmen zu können. In der Tat sind unsere Daten zunehmend bei Unternehmen, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und anderen nichtstaatlichen Organisationen gefragt. Dies gilt in besonderem Maße für grenzüberschreitende Veröffent-

lichungen. Wir konnten das vor kurzem mit großer Freude bei einer statistischen Broschüre über die Grenzregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz erleben.

2. Bereitstellung von Daten

Die Voraussetzungen zur Bereitstellung von statistischem Material für EG-Zwecke und für das Gebiet am Oberrhein sind unterschiedlich: Die EG-weit angestrebte Harmonisierung von Erhebungskonzepten, Definitionen und Methoden ist nur mittel- und langfristig zu realisieren; die Bereitstellung von Daten für das Oberrheingebiet erfolgt ad hoc aus dem vorhandenen statistischen Material der regionalen statistischen Ämter. Die EG-Harmonisierung der Statistiken soll hier gleichwohl angesprochen werden, da sie mittelfristig natürlich auch zu einer erheblichen Verbesserung des Datenangebots für die Grenzregionen führt.

– im Rahmen der EG

Seit Jahren können die Entscheidungsträger der EG durch Verordnungen und Richtlinien in die Systeme der nationalen Statistiken eingreifen. EG-Verordnungen sind in allen ihren Teilen verbindlich und gelten unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. EG-Richtlinien sind hinsichtlich ihres Zieles verbindlich, überlassen dem einzelnen Mitgliedstaat aber die Wahl der Form und der Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Die bestehenden und die künftigen Verordnungen und Richtlinien sind Teil des Statistischen Programms der EG. Dieses enthält alle Statistikvorhaben, die innerhalb des Planungszeitraumes (derzeit 1989 bis 1992) vorgesehen sind. Für 1993 bis 1997 soll das statistische Programm der EG erstmals auf einer eigenen Rechtsgrundlage basieren (Rahmenbeschluß des Rates), es soll neben der Formulierung von Zielen verstärkt kon-

krete Maßnahmen und erstmals auch detaillierte Haushaltsvorgaben enthalten. Fachliche Inhalte dieses EG-Statistikprogramms sind neben Einzelprojekten vor allem die Harmonisierung von Normen und Methoden: Klassifikationen der Wirtschaftszweige, der Güter und der Berufe (z. B. ISIC, NACE, PRODCOM), Definitionen von statistischen Einheiten („Was ist ein Unternehmen?“) und der Aufbau von umfassenden Unternehmensregistern.

– für das Gebiet am Oberrhein

Die Aufgabe der Arbeitsgruppe 1, die bezüglich des Projekts „Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein“ und der Broschüre „Oberrhein – Mitten in Europa“ auf einer bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern von Nordwestschweiz, Elsaß, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aufbauen konnte, war wesentlich kurzfristiger und in der Zielsetzung konkreter: innerhalb eines Jahres ein statistisches Werk mit vergleichbaren Zahlen der vier Partnerregionen vorzulegen. Hierbei stellte sich nicht das Problem, für die Zukunft die statistischen Methoden einander anzugleichen, sondern aus dem gegebenen Bestand an statistischen Daten Vergleichbares herauszusuchen und durch möglichst genaue Schätzungen in weiteren Fällen eine Vergleichbarkeit herzustellen. Eine erste gemeinsame Veröffentlichung „Strukturdaten des Gebiets am Oberrhein“ unter Einschluß von Teilen aus der Schweiz, aus Rheinland-Pfalz und Hessen ist 1972 und 1976 erschienen, eine weitere, allerdings beschränkt auf Baden und Elsaß, „Informationen über den deutsch-französischen Grenzraum am Oberrhein“, im Jahre 1990.

Die aus der projektbezogenen Zusammenarbeit gefundenen Erfahrungen hinsichtlich methodischer Probleme der statistischen Vergleichbarkeit lassen sich in vier Kategorien einordnen. Zur ersten Kategorie zählen die Probleme, die sich aufgrund unterschiedlicher Definitionen und Abgrenzungen der einzelnen statistischen Tatbestände ergeben. Man spricht über einen bestimmten Begriff und jeder versteht etwas anderes darunter. Zur zweiten Kategorie gehören die Probleme, die eine statistische Vergleichbarkeit erschweren, weil entsprechende Tatbestände mit Hilfe unterschiedlicher Meßmethoden statistisch erfaßt werden. Probleme der dritten Kategorie resultieren daraus, daß in den Teilräumen voneinander abweichende politische und administrative Realitäten gegeben sind. Eine weitere, eher statistik-immanente Kategorie ist in der unterschiedlichen Größe und Verwaltungsstruktur der beteiligten Gebiete zu sehen.

(1) Abweichende Definitionen und Abgrenzungen

Beim internationalen Vergleich demographischer Größen ist eine Angleichung der Definitionen und Abgrenzungen relativ einfach, also etwa für Merkmale wie Alter, Geschlecht, Familienstand u. a. Bei der Beschreibung der Wirtschaftsstruktur dagegen gibt es in den einzelnen nationalen Grenzräumen unterschiedliche Bezeichnungen für gleiche Branchen und gleiche Bezeichnungen für unterschied-

liche Branchen. Die Identifizierung gleicher Branchen ist sowohl ein sprachliches als auch ein inhaltliches Problem. Die französische Bezeichnung „Construction mécanique“ läßt sich zwar in den deutschen Begriff „Maschinenbau“ übersetzen, aber diese sprachliche Transformation ist nicht korrekt, da im deutschen Sprachgebrauch der Begriff Maschinenbau nicht die definitionsgleiche Branche bezeichnet. Für die definitionsgleiche Branche existiert bislang keine deutsche Übersetzung; hier müßte ein neuer deutscher Begriff erst eingeführt werden.

Im Vergleich mit der Nordwestschweiz fehlen zwar die unmittelbaren sprachlichen Übersetzungsschwierigkeiten, aber auch hier kann das grundsätzliche Problem auftreten, daß im jeweils gängigen Sprachgebrauch der Teilregionen gleiche Begriffe unterschiedliche Begriffsinhalte beschreiben. Für die Schweizer Teilregion tritt zudem das Problem auf, daß der Disaggregationsgrad von volkswirtschaftlichen Produktionsgrößen bei weitem noch nicht den Stand in den EG-Mitgliedsländern erreicht hat. Das macht es unmöglich, über eine tiefe Disaggregation die Branchen inhaltlich neu zu ordnen.

(2) Verfahrensvielfalt

Die Probleme der zweiten Kategorie lassen sich beim statistischen Vergleich der Industriekonjunkturen darstellen. Entsprechend internationalen Gepflogenheiten wird unter Konjunktur das Zusammenwirken sämtlicher ökonomischer Bewegungsabläufe zu einer in ihrer Richtung und Intensität bestimmten wirtschaftlichen Gesamtlage verstanden. Dennoch erfolgt in den drei beteiligten Ländern die empirische Ermittlung der Konjunktur nach unterschiedlichen Methoden. Im Elsaß wird die konjunkturelle Lage mit Hilfe von qualitativen Konjunkturbefragungen (Einschätzung durch Unternehmer) diagnostiziert. In Deutschland wird die Industriekonjunktur anhand der realen Entwicklung der Produktionsleistung der Unternehmen beschrieben. Indikator ist der Produktionsindex, der auf repräsentativer Basis aus Menge und Wert der Produktion und aus Umsatzzahlen errechnet wird. In der Nordwestschweiz werden zur Beschreibung der konjunkturellen Lage Umsatzzahlen, aber auch Wertschöpfungsgrößen und Personalszahlen in der Industrie ermittelt.

(3) Divergierende Realitäten

Probleme und Grenzen der statistischen Vergleichbarkeit, die der dritten Kategorie politisch und administrativ divergierender Realitäten zugeordnet werden können, traten bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besonders deutlich im Bildungsbereich auf. Die nationalen Bildungssysteme mit ihren jeweiligen Ausbildungsgängen und entsprechenden Abschlüssen unterscheiden sich oft so grundlegend voneinander, daß die für einen statistischen Vergleich notwendige gemeinsame Basis vielfach nicht hergestellt werden kann.

In Frankreich gibt es als höhere Bildungseinrichtungen neben den Universitäten sogenannte „Instituts universitaires de technologie (IUT)“ sowie „Sections de techniciens supérieurs“, „Ecoles spécialisées“ und die im Ausland besonders bekannten „Grandes Ecoles“. Dem gegenüber stehen in Deutschland die Universitäten, verschiedene Typen von Fachhochschulen, Berufsakademien und Erziehungswissenschaftliche Hochschulen. Bildungsauftrag der „Grandes Ecoles“ ist u. a. die zweckmäßige Ausbildung von Führungskräften für die staatliche Verwaltung. Von ihrer Aufgabenstellung her unterscheiden sie sich also deutlich von den französischen Universitäten, die insbesondere für freie akademische Berufe und Forschertätigkeiten, aber auch für die Lehrtätigkeit an Gymnasien ausbilden. Die deutschen höheren Bildungseinrichtungen haben zwar insgesamt gesehen ähnliche Bildungsaufträge, im einzelnen weicht die Struktur der Aufgabenverteilung aber deutlich von der französischen ab. Den „Grandes Ecoles“ entsprechende Bildungseinrichtungen gibt es in dieser Form weder in Deutschland noch in der Schweiz.

(4) Größe und Verwaltungsstruktur der Gebiete

Generell gilt für die nationalen statistischen Systeme, daß die Zahl der statistischen Berichtsmerkmale und deren wirtschaftssystematische oder sonstige Tiefengliederung mit zunehmender Regionalisierung abnimmt. Verstärkt werden die Auswirkungen dieses Sachverhalts durch die Restriktionen der statistischen Geheimhaltung: Je kleiner ein Gebiet ist, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß das gewünschte Berichtsmerkmal auf weniger als drei Einzelfällen beruht und damit nicht ausgewiesen werden kann. So scheitert eine Gesamtdarstellung der Industriestruktur des Oberrheins an den faktischen Verhältnissen der Südpfalz, die das kleinste Gebiet ist und sich zudem aus zwei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt zusammensetzt, aber in sich keine administrative oder planerische Einheit darstellt.

Die Gesamtheit der methodischen Probleme eines statistischen Vergleichs tritt in der Praxis üblicherweise in kombinierter Form auf. Je stärker sich dabei im konkreten Fall die Probleme auf die zweite, dritte oder vierte Kategorie konzentrieren, desto schwieriger wird eine Lösung. Probleme der ersten Kategorie sind durch einen unmittelbaren Abgleich der statistischen Definitionen und Abgrenzungen auf regionaler Ebene zu bewältigen. Probleme der zweiten Kategorie können durch Umrechnungen mit Hilfe von Korrekturfaktoren näherungsweise gelöst werden, soweit die in nationale Regeln und Organisationen eingebundene Arbeit der statistischen Ämter in den Regionen dies zuläßt. Die jeweils verwendeten Verfahren sind allerdings im Rahmen methodischer Erläuterungen offenzulegen. Soweit unterschiedliche Realitäten die statistische Vergleichbarkeit verhindern, ist die Statistik in jedem Fall – auch bei bestem Methodeneinsatz – überfordert. Hier zeigt sich die methodisch bedingte Beschränkung der Statistik, Realitäten durch Reduzierung ihrer Komplexität zu beschreiben, indem nur Ausprägungen einzelner Merk-

male erfaßt werden. Sind die Realitäten so komplex, daß bei einer Reduzierung auf statistische Größen zu viel Information verloren geht, muß die statistische Aussage durch verbale Beschreibung ergänzt werden. Entsprechendes gilt für die durch unterschiedliche Größe und Verwaltungsstrukturen von Teilgebieten einer grenzüberschreitenden Region entstehenden Probleme in der Vergleichbarkeit bzw. in der Bereitstellung der Daten. Erst langfristig wird durch Anpassung der jetzigen Verwaltungsbezirke an die künftigen europäischen Strukturen mit einer dann europäischen Regionalisierung eine umfassende Statistikversorgung gewährleistet sein.

3. Konkrete Projekte

Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein. Die Nordwestschweiz, das Elsaß, die Südpfalz und Baden als eine Region auf dem Weg nach Europa. Eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter.

Economie du Rhin Supérieur. La Suisse du nord-ouest, l'Alsace, la Palatinat du sud et le Bade: une région en route pour l'Europe. Une Publication commune des Services Statistiques.

Der Band bietet insgesamt rund 300 statistische Daten für jede der vier zum Gebiet am Oberrhein zählenden Regionen Nordwestschweiz, Elsaß, Südpfalz und Baden, zusätzlich untergliedert nach Bas Rhin, Haut Rhin, Mittlerer, Südlicher Oberrhein und Hochrhein und, soweit möglich, für das Gebiet am Oberrhein als Summe.

Der Band enthält in textlicher Beschreibung mit Tabellen und Schaubildern Angaben über

Bevölkerung

Bildung

Arbeitsmarkt

- Erwerbstätigkeit
- Grenzgänger
- Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsentwicklung

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
- Branchenstruktur im verarbeitenden Gewerbe
- Industriekonjunktur
- Bautätigkeit

Einkommens- und Vermögenssituation der privaten Haushalte

- Preise, Löhne und Gehälter
- Kredite und Ersparnis

Tourismus

Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt

- Flächennutzung
- Landwirtschaft
- Umwelt
- Verkehr

Methodische Erläuterungen und Definitionen

Broschüre „Oberrhein – Mitten in Europa“. Herausgeber: Rheinland-pfälzisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, zusammen mit den statistischen Ämtern.

Dépliant „Rhin Supérieur – Au centre de l'Europe“. Editeurs: Rheinland-pfälzisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, ensemble avec les offices statistiques.

Mit dieser Broschüre soll einer breiten Öffentlichkeit das Gebiet am Oberrhein als eine der künftigen Kernregionen Europas vorgestellt werden. Sie enthält in zusammengefaßter Form Daten aus dem Band „Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein“. Bewußt ist hier auf methodische Erläuterungen und Unterschiede in den statistischen Definitionen verzichtet worden. Der Leser, der sich ausführlicher informieren möchte, wird auf den Band verwiesen. Neben den statistischen Tabellen werden die einzelnen Teilregionen des Oberrheins in Wort und Bild (topographische Karten) dargestellt, eine Graphik zeigt die Pendlerverflechtungen zwischen den Teilgebieten.

Broschüre „Oberrhein: Nützliche Adressen für Unternehmen“. Herausgeber: Industrie- und Handelskammern des Gebiets am Oberrhein.

Dépliant „Rhin Supérieur: Adresses utiles pour les entreprises“. Editeurs: Chambres de Commerce et d'Industrie du Rhin Supérieur.

Als Ergänzung zu den statistischen Informationen legen die Industrie- und Handelskammern ein Adressenverzeichnis vor, das Unternehmer in den beteiligten Grenzregionen über wichtige Anschriften und Kontaktadressen von Institutionen und Organisationen informieren soll, die bei wirtschaftlichem Engagement im benachbarten Ausland Unterstützung leisten können und Beratungsfunktionen übernehmen.

Die beteiligten Kammern haben hierzu jeweils für ihre Bezirke ein Adressenverzeichnis aller wirtschaftsrelevanten Informations- und Beratungsstellen, Verwaltungseinrichtungen und öffentlichen Institutionen zusammengestellt und mit stichwortartigen Hinweisen auf die spezifischen Beratungsleistungen versehen.

Zur besseren und schnelleren Orientierung für die Benutzer werden die nach Regionen geordneten Institutionen in einer vorangestellten Übersicht (Matrix) in drei Hauptinformationfelder oder Hauptberatungsbereiche eingeteilt, die sich nach Marktinformationen, Ansiedlungsinformationen und Kooperationen gliedern. Diese thematische und regionale Aufteilung erlaubt den Benutzern eine problemorientierte Erschließung geeigneter Ansprechpartner in der Adressenliste.

4. Handlungsbedarf

Die statistischen Ämter der beteiligten Regionen sehen in der Bereitstellung von grenzüberschreitenden vergleichbaren statistischen Ergebnissen eine Heraus-

forderung für die Zukunft. Mit den statistischen Arbeiten für die Grenzregion am Oberrhein konnten wertvolle Erfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Deckung von grenzüberschreitendem Informationsbedarf auf regionaler Ebene gesammelt werden, die auch der künftigen Harmonisierung der europäischen Statistiken zugute kommen.

Die jetzt vorgelegten Publikationen umfassen etwa 300 statistische Merkmale aus dem gesamten Bereich der amtlichen Statistik. Dabei stehen die personenbezogenen Daten aus Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenstatistik im Vordergrund. Die Zahl der vergleichbaren wirtschaftsstatistischen Daten ist schon deutlich eingeschränkt und die Gebiete Sozial- und Einkommensstatistik, Umwelt, Steuern und Finanzen, Bildung und Gesundheitswesen sind nur ansatzweise belegt. Hier gilt es für die Zukunft, schrittweise eine Verbesserung des Datenangebotes zu erreichen:

1. Durch Einbeziehen weiterer Merkmale in den Katalog der gemeinsamen Arbeiten (einschließlich der aus der EG-Harmonisierung zu erwartenden Daten),
2. durch die Bereitstellung von langen Reihen, die die Entwicklungslinien deutlich machen,
3. durch verstärkte Arbeiten an den in Ansätzen bereits vorhandenen Bevölkerungsprognosen,
4. durch eine verstärkte Regionalisierung der Daten, auch auf Gemeindeebene.

Parallel dazu wird es erforderlich sein, das statistische Angebot für das Oberrheingebiet weitergehend zu strukturieren:

1. Der als Standardwerk anzusehende Band „Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein“ könnte in Zukunft als „Statistisches Jahrbuch Oberrhein“ in zwei- oder dreijährigen Abständen erscheinen,
2. die Broschüre „Oberrhein – Mitten in Europa“ könnte in den Nicht-Jahrbuch-Jahren, gegebenenfalls zu einem Taschenbuch erweitert, publiziert werden,
3. Einführung eines gemeinsamen vierteljährlichen Statistischen Berichtes mit Daten aus der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistik,
4. Einführung eines Konjunkturdienstes, wie er beispielsweise seit einem Jahr für die Grenzregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz herausgegeben wird,
5. Einführung einer Plattform für Nachrichten, Berichte, Kommentare, Aufsätze aus der Statistik im weitesten Sinne, also nicht nur auf die amtliche Statistik beschränkt, sondern auch für andere staatliche und nichtstaatliche Institutionen (z.B. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern u. a.) offen.

Die statistischen Ämter des Oberrheingebietes können diese Arbeiten von den Inhalten her leisten, soweit eine ausreichende finanzielle Sicherung gewährleistet ist.

Diplom-Volkswirt Jochen Gebauer

Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1989

Nach dem Gesetz über die Steuerstatistiken wurde für das Jahr 1989 eine Lohnsteuerstatistik erstellt. Die Erhebung gibt einen umfassenden Überblick über die Höhe, die Verteilung und die Besteuerung des Bruttolohns der veranlagten und nichtveranlagten Arbeitnehmer. Diese Werte sind Orientierungs- und Entscheidungshilfen für die Finanz- und Steuerpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Be- und Entlastungswirkungen für die Steuerpflichtigen bei geplanten Steuerrechtsänderungen. Die Statistik hat auch fiskalische Bedeutung, da das Ergebnis als Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der Schlüsselzahl für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer nach § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes dient. Ferner werden die nicht vom Wohnsitzland vereinnahmten Lohnsteuerbeträge nach § 5 des Zerlegungsgesetzes ermittelt. Sie dienen den obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer als Basis für die Festsetzung der Zerlegungsanteile des Lohnsteueraufkommens ¹⁾.

In der Lohnsteuerstatistik sind alle Erwerbstätigen nachgewiesen, die im Jahre 1989 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielten und ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Land Rheinland-Pfalz hatten. Als Erhebungsunterlage dienen beim maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleich und bei der automatisierten Einkommensteuerveranlagung die von der Finanzverwaltung erstellten Datenträger, welche im Jahre 1989 knapp 90 % aller Steuerfälle umfaßten. Bei den Arbeitnehmern, die weder einen Lohnsteuer-Jahresausgleich beantragen noch zur Einkommensteuer veranlagt werden oder deren Besteuerungsverfahren vom Finanzamt personell bearbeitet wird, ist die Lohnsteuerkarte für die Aufbereitung heranzuziehen. Die Finanzverwaltung stellte für diesen sogenannten manuellen Teil rund 180 000 Karten bereit. Der Schlußtermin für die

Abgabe des Erhebungsmaterials war bundeseinheitlich auf den 28. Februar 1992 festgelegt worden.

Ergebnisse liegen für Einzelpersonen (Individualnachweis der Arbeitnehmer) und für Steuerpflichtige vor. Das können Einzelpersonen oder Ehegatten sein. Bei Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, wird der Bruttolohn addiert und in einer Summe nachgewiesen, da sie beim Besteuerungsverfahren von der Finanzverwaltung grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt werden.

1,6 Mill. Arbeitnehmer verdienen 57 Mrd. DM Bruttolohn

Für das Erhebungsjahr 1989 wurden rund 1,6 Mill. Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von knapp 57 Mrd. DM erfaßt. Verglichen mit der vorausgegangenen Statistik für das Jahr 1986 sind das gut 56 000 Fälle mehr. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die verbesserte Beschäftigungslage zurückzuführen. Nach der steuerrechtlichen Definition sind Arbeitnehmer Personen, die im öffentlichen oder privaten Dienst beschäftigt sind (oder waren) und aus diesem Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Hierzu zählen Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende, außerdem auch Pensionäre und Personen, die eine Betriebsrente oder Vorruhestandsgeld beziehen.

Die Bezüge der unselbständig Beschäftigten erhöhten sich im Zeitraum von 1986 bis 1989 um 7,7 Mrd. DM. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate beträgt 5 % und spiegelt vor allem die Einkommensverbesserung wider. Zum Arbeitslohn gehören alle einmaligen oder laufenden Einnahmen, die einem Arbeitnehmer aus einem gegenwärtigen oder früheren Dienstverhält-

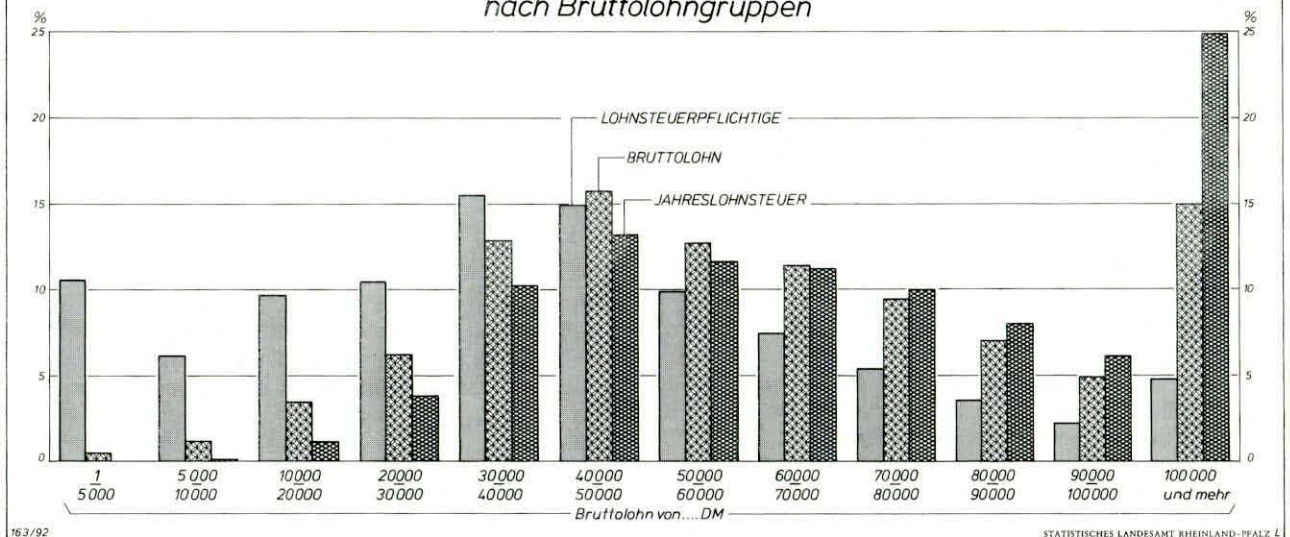
1) Vgl. Krieg, Hans H., Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 45, Heft 8, August 1992.

Lohnsteuerpflichtige, deren Bruttolohn und Lohnsteuer 1986 und 1989 nach Bruttolohngruppen

Bruttolohn von ... DM	Lohnsteuerpflichtige ¹⁾			Bruttolohn				Jahreslohnsteuer		
	1986		1989	1986		1989		1986	1989	
	Anzahl		%	1 000 DM		%		1 000 DM		% des Bruttolohns
1 - 20 000	377 796	349 856	26,2	3 045 219	2 819 765	5,0		120 916	102 045	3,6
20 000 - 30 000	163 471	138 171	10,4	4 145 612	3 492 510	6,2		414 753	330 027	9,5
30 000 - 40 000	228 980	205 914	15,4	8 027 875	7 260 510	12,8		9 79 944	888 967	12,2
40 000 - 50 000	176 794	198 660	14,9	7 885 276	8 876 153	15,7		1 048 297	1 150 648	13,0
50 000 - 60 000	117 435	131 729	9,9	6 422 090	7 208 097	12,7		940 387	1 012 523	14,0
60 000 - 70 000	85 930	99 231	7,4	5 557 141	6 425 806	11,4		896 109	978 136	15,2
70 000 - 80 000	55 406	71 290	5,3	4 130 923	5 326 467	9,4		731 158	874 549	16,4
80 000 - 90 000	32 478	46 653	3,5	2 747 221	3 947 071	7,0		533 616	700 332	17,7
90 000 - 100 000	19 233	29 220	2,2	1 819 424	2 763 848	4,9		384 143	530 544	19,2
100 000 - 200 000	36 101	57 894	4,3	4 484 910	7 251 983	12,8		1 164 020	1 720 734	23,7
200 000 und mehr	2 313	4 260	0,3	655 198	1 213 775	2,1		257 132	452 152	37,3
Insgesamt	1 295 937	1 332 878	100	48 920 888	56 585 984	100		7 470 475	8 740 657	15,4

1) Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

Lohnsteuerpflichtige, deren Bruttolohn und Jahreslohnsteuer 1989 nach Bruttolohngruppen



nis zufließen. Zu nennen sind vor allem Gehälter, Löhne, Provisionen, Gratifikationen, Tantiemen, Warte- und Ruhegelder sowie Witwen- und Waisenbezüge. Nicht zum Bruttolohn zählen dagegen alle durch steuerrechtliche Vorschriften von der Lohnsteuer befreiten Einnahmen wie Leistungen aus einer Krankenversicherung, aus der gesetzlichen Unfallversicherung, Kindergeld, bestimmte Renten, Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld. Weitere von der Lohnsteuer befreite Einnahmen sind Reisekosten- und Umzugskostenvergütungen, Aufwandsentschädigungen, Trinkgelder sowie Zuwendungen aus Anlaß von Jubiläen, Heirat oder Geburt eines Kindes, soweit sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Grenzen nicht übersteigen.

42 500 DM durchschnittlicher Bruttolohn je Steuerpflichtigen

Mit der Zusammenfassung gemeinsam zu veranlagender Ehegatten zu einem Steuerpflichtigen wird Aufschluß über die Höhe der Familien- bzw. Haushaltseinkünfte – allerdings ohne Einbeziehung der Einkünfte eventuell vorhandener Kinder oder sonstiger Haushaltsmitglieder – und damit über die Kaufkraft und den Lebensstandard eines Haushalts gewonnen. Allerdings erlaubt diese Abgrenzung der Erhebungseinheit keine Aussage über die jeweiligen Durchschnittseinkünfte der Einzelpersonen.

Das Bruttolohneinkommen je Steuerpflichtigen erreichte im Berichtsjahr 1989 knapp 42 500 DM und lag um 4 700 DM oder 12 % höher als im Jahre 1986. Die Steuerpflichtigen mit mittleren Einkommen zwischen 25 000 DM und 50 000 DM waren im Jahre 1989 zahlenmäßig am häufigsten vertreten. Ihr Anteil belief sich auf 41 %.

Die Entwicklung über einen Zeitraum von 18 Jahren zeigt einen kontinuierlichen Anstieg des Bruttolohns. Die höchste prozentuale Steigerung ergab sich mit 36,5 % zwischen den Jahren 1971 und 1974. Die geringste Zuwachsrate (9,9 %) war von 1983 auf 1986 zu verzeichnen.

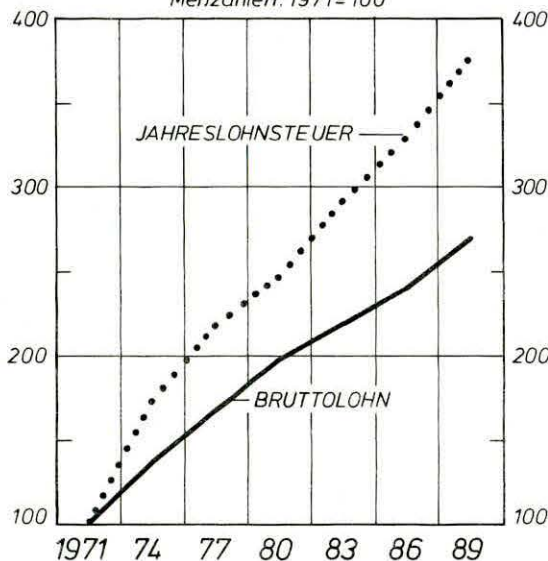
Jeder einundzwanzigste Steuerpflichtige verdiente über 100 000 DM

Anhand der Gliederung der Ergebnisse nach der Höhe des Bruttolohnes ist eine Analyse der Einkommensstruktur möglich. Gegenüber 1986 hat sich tendenziell eine Verschiebung in die höheren Bruttolohngruppen vollzogen.

Bei den Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen unter 50 000 DM nahm die Zahl der Fälle um 5,7 % ab. Über diesem Schwellenwert ist in allen Größenklassen eine deutliche Steigerung der Fallzahl zu beobachten.

Durchschnittlicher Bruttolohn und Jahreslohnsteuer 1971 bis 1989

Meßzahlen: 1971 = 100



ten. Sie beläuft sich auf 15% in der Gruppe von 50 000 DM bis 75 000 DM und auf 43 % für die Gruppe von 75 000 DM bis 100 000 DM. Die stärkste Zunahme (62 %) ist bei den Beziehern eines Verdienstes von über 100 000 DM zu verzeichnen. Diese Schicht umfaßte 4,7 % aller Steuerpflichtigen und vereinigte 15 % der Bruttolöhne auf sich. Ihr Anteil an der Jahreslohnsteuer belief sich auf 25 %. Das Durchschnittseinkommen lag bei 136 000 DM und blieb im Vergleich zum Jahre 1986 nahezu konstant.

8,7 Mrd. DM Lohnsteuer

Die Jahreslohnsteuer erhöhte sich gegenüber 1986 um 17 % auf 8,7 Mrd. DM. Als Jahreslohnsteuer wird die einbehaltene Lohnsteuer nach Berücksichtigung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs erfaßt, wenn der Arbeitnehmer ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit hat. Bei allen übrigen Steuerpflichtigen, die auch andere Einkunftsarten haben, wird als Jahreslohnsteuer die einbehaltene Lohnsteuer nachgewiesen, weil im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung die Steuer nicht für die einzelne Einkunftsart festgesetzt wird, sondern für die Einkünfte insgesamt.

Im Jahre 1988 wurde die zweite Phase der dreistufigen Steuerreform wirksam. Die wesentlichen Änderungen gegenüber 1986 sind die Erhöhung des Grundfreibetrages, des Haushaltsfreibetrages, der Ausbildungsfreibeträge sowie der Kilometerpauschale für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Die Entlastungsmaßnahmen reichten jedoch nicht ganz aus, um den Effekt des progressiven Steuertarifs auszugleichen. Die durchschnittliche Steuerbelastung, gemessen als Anteil der Jahreslohnsteuer am Bruttolohn, lag mit 15,4 % um 0,1 Prozentpunkte höher als 1986. Für das Jahr 1971 weist die Statistik einen Vergleichswert von 11,1 % aus.

Die Bezieher niedriger Einkommen hatten eine geringere Steuerlast zu tragen. Bei einem Verdienst bis 20 000 DM lag die steuerliche Belastung im Durchschnitt bei 3,6 %. Sie hätte hier wohl in vielen Fällen durch einen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich noch gemindert werden können, jedoch wird dieser aus Unkenntnis oder wegen Versäumnis häufig nicht

gestellt. Mit wachsendem Bruttolohn steigt auch der Durchschnittssteuersatz. In der Verdienstgruppe mit Bezügen über 100 000 DM hatten die Steuerpflichtigen 25,70 DM Lohnsteuer je 100 DM Bruttolohn zu entrichten.

Männer mit höherem Durchschnittseinkommen

Bei einer Gegenüberstellung der Arbeitnehmer nach Bruttolohngruppen und Geschlecht wird die abweichende Struktur der Bezüge von Männern bzw. Frauen deutlich. Insgesamt verdienten rund 972 000 Männer brutto 42,2 Mrd. DM gegenüber gut 574 000 Frauen mit 13,8 Mrd. DM. Die vergleichsweise hohe Zahl der Männer ergibt sich aus der Tatsache, daß bei Ehepaaren der Mann häufig der berufstätige Alleinernährer der Familie ist.

Das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Männer betrug 43 400 DM und lag 80 % über dem der Frauen, die 24 100 DM erzielten. Diese große Abweichung ist grundsätzlich nicht auf Unterschiede in der beruflichen Qualifikation zurückzuführen. Ein wesentlicher Grund für das niedrigere Arbeitsentgelt ist die oftmals geringere Beschäftigungsdauer. Die mitverdienende Ehefrau ist häufig als Teilzeitkraft tätig und arbeitet so nicht die volle tarifliche Arbeitszeit. Dies gilt auch für Saisonhilfen, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen.

Bis 30 000 DM Bruttolohn lag der Anteil der Frauen, gemessen an der Gesamtzahl der weiblichen Arbeitnehmer, erheblich über dem entsprechenden Wert für die Männer. Bei Bezügen über dieser Einkommenschwelle war das Verhältnis umgekehrt. Mit steigendem Verdienst erhöht sich der Anteil der männlichen in Relation zu dem der weiblichen Arbeitnehmer. So verdienten 3,1 % der Männer über 100 000 DM, unter den Frauen waren es 0,2 %.

Regionales Gefälle erkennbar

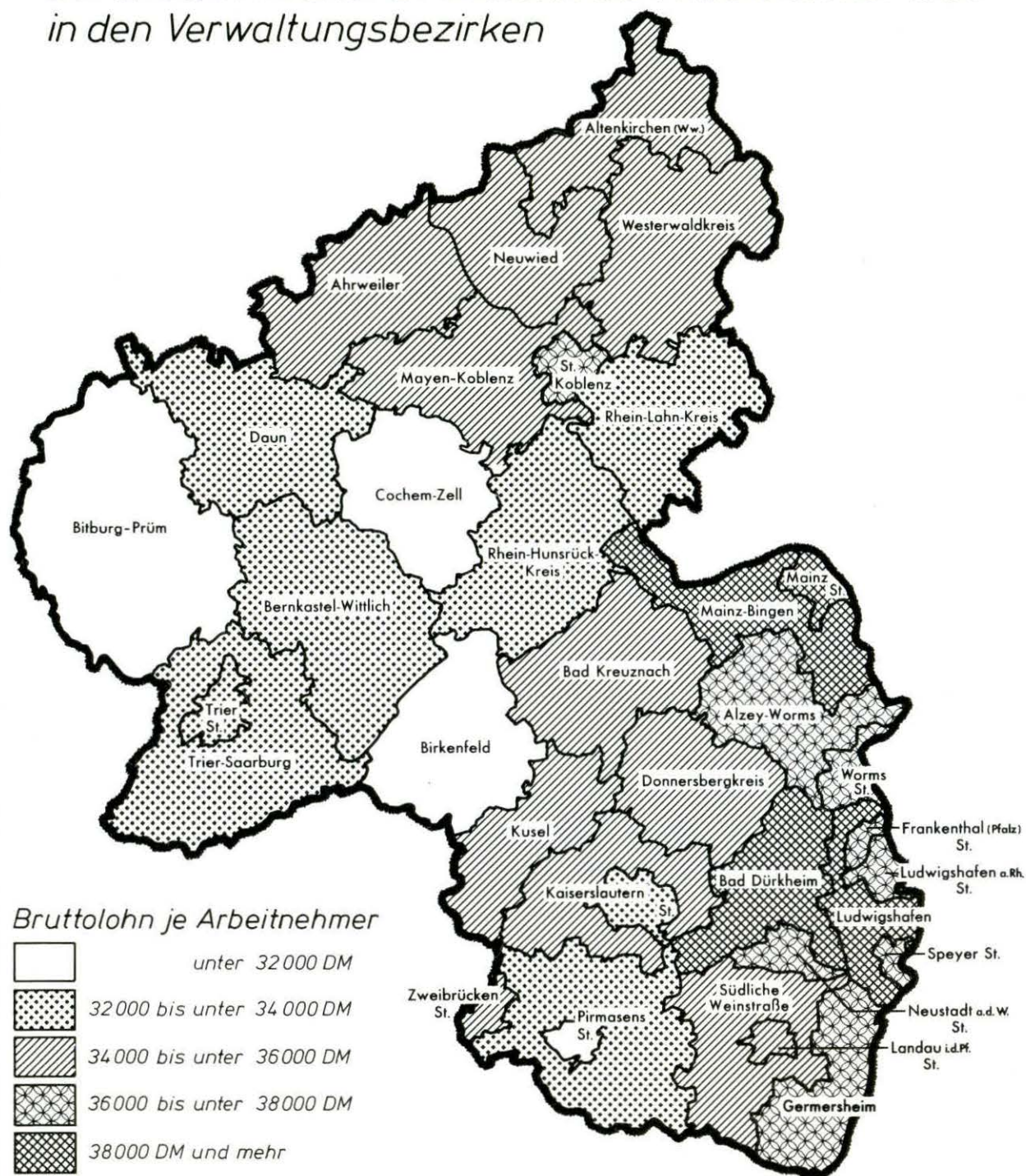
Ein Vergleich der durchschnittlichen Bruttolöhne der Arbeitnehmer (Individualnachweis) in den Verwaltungs-

Lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer und deren Bruttolohn 1989 nach Bruttolohngruppen und Geschlecht

Bruttolohn von ... DM	Arbeitnehmer ¹⁾				Bruttolohn			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1 - 20 000	174 590	18,0	259 912	45,2	1 429 022	3,4	2 425 122	17,5
20 000 - 30 000	83 978	8,6	118 648	20,7	2 145 158	5,1	2 940 664	21,3
30 000 - 40 000	191 647	19,7	102 427	17,8	6 831 328	16,2	3 550 777	25,7
40 000 - 50 000	217 540	22,4	53 012	9,2	9 711 154	23,0	2 348 904	17,0
50 000 - 60 000	123 717	12,7	21 645	3,8	6 742 328	16,0	1 179 222	8,5
60 000 - 70 000	71 730	7,4	11 459	2,0	4 631 113	11,0	734 568	5,3
70 000 - 80 000	41 450	4,3	3 830	0,7	3 091 545	7,3	284 599	2,1
80 000 - 90 000	23 689	2,4	1 632	0,3	2 000 880	4,7	137 814	1,0
90 000 - 100 000	13 869	1,4	734	0,1	1 310 016	3,1	69 313	0,5
100 000 und mehr	29 953	3,1	1 109	0,2	4 289 925	10,2	147 617	1,1
Insgesamt	972 163	100	574 408	100	42 182 470	100	13 818 599	100

1) Nur Arbeitnehmer, bei denen die Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit überwiegen.

Durchschnittlicher Bruttolohn der Arbeitnehmer 1989 in den Verwaltungsbezirken



161/92

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

bezirken zeigt, daß der Wert für die kreisfreien Städte (36 500 DM) über, der für die Landkreise (35 100 DM) unter dem Landesdurchschnitt von 35 500 DM liegt. In den Landkreisen wurden die höchsten Durchschnittsverdienste in Ludwigshafen (40 600 DM), Mainz-Bingen (40 400 DM) und Bad Dürkheim (39 100 DM) erzielt. Am Ende der Einkommenskala lagen die Kreise Birkenfeld und Bitburg-Prüm (jeweils 31 500 DM) sowie Cochem-

Zell (31 600 DM). Unter den kreisfreien Städten rangierte Mainz mit 41 000 DM an der Spitze und übertraf die niedrigsten Durchschnittsbezüge von 31 000 DM in Pirmasens um 35 %.

Die regionale Verteilung der Arbeitnehmer ist nicht zuletzt abhängig von der Bevölkerungsdichte. Um die Werte besser vergleichen zu können, wird ihre Zahl auf

1 000 Einwohner der entsprechenden Gebietseinheit bezogen. Im Landesdurchschnitt entfielen auf 1 000 Einwohner 430 nichtselbständige Erwerbstätige. Obwohl diese Zahl in den kreisfreien Städten (449) tendenziell höher war als in den Landkreisen (424), wurde der Spitzenwert für den Landkreis Ludwigshafen (484)

ermittelt. Die niedrigste Quote ergab sich für den Kreis Bitburg-Prüm (339). In den kreisfreien Städten wurde die höchste Arbeitnehmerdichte in Ludwigshafen (478), vor Frankenthal (477) und Mainz (476), registriert.

Jürgen Hauptmann

Erwerbstätigkeit 1991

Der Mikrozensus liefert seit 1957 jährlich wichtige Daten über die Bevölkerung und das Erwerbsleben. Im Vergleich zu den in größeren Zeitabständen stattfindenden Volks- und Berufszählungen bestehen die Vorzüge dieser einprozentigen Stichprobenerhebung in der Aktualität der Ergebnisse bei verhältnismäßig geringen Kosten. Auch ist das Fragenprogramm differenzierter als das einer Volkszählung.

Rechtsgrundlage für den Mikrozensus 1991 ist das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni 1985 (BGBl. I S. 955), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2837). Mit dem kurz vor Ablauf der Geltungsdauer des Mikrozensusgesetzes verabschiedeten Änderungsgesetz wurde der Fortbestand der Erhebung zunächst bis 1995 festgeschrieben.

Nach der Volkszählung von 1987 steht seit 1990 eine neue Auswahlgrundlage zur Verfügung, die jährlich durch eine Ergänzungsauswahl aus der Bautätigkeitsstatistik (Neubauten) aktualisiert wird. Gleichzeitig wurden die Auswahlbezirke verkleinert und ihre Anzahl erhöht. Durch die größere Streuung der Erhebungseinheiten stimmen die ermittelten und anschließend hochgerechneten Ergebnisse besser mit den tatsächlichen Werten überein. Damit wird auch die Regionalisierbarkeit der Ergebnisse erweitert, wobei jetzt auf der Grundlage 8 regionaler Anpassungsschichten, anstelle der bis 1989 angewandten Berechnung auf Regierungsbereichsebene, hochgerechnet wird.

Das Augenmerk der folgenden Betrachtungen ist hauptsächlich auf die Erwerbsstrukturen des Jahres 1991 gerichtet. Gleichzeitig sind jedoch gerade unter dem Gesichtspunkt der politischen wie wirtschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Erwerbspotential Zeitvergleiche von Interesse. Bei einem Vergleich der Jahre 1990 und 1991 mit den vorhergehenden Jahren ist zu beachten, daß eine zusätzliche gezielte Frage nach einer geringfügigen Beschäftigung eingeführt wurde. Mit dieser Ergänzung des Erhebungsprogramms werden jetzt auch die Personen erfaßt, die eine sozialversicherungsfreie Tätigkeit mit einer Wochenarbeitszeit unter 15 Stunden und einem Einkommen bis 500 DM im Monat ausüben (z. B. Reinigungstätigkeit in einem Haushalt, Austragen von Zeitungen, Ferienjob als Schüler) und sich bisher nicht als erwerbstätig eingestuft hatten. Dadurch werden im Vergleich zu den vorausgegangenen Erhebungen zahlreiche weitere Fälle von geringfügig Beschäftigten erkannt, die dann definitionsgemäß den Erwerbstätigen zuzu-

ordnen sind. Steigerungen in der Zahl der Erwerbstätigen sind damit nur zu einem Teil auf Veränderungen in der tatsächlichen Entwicklung zurückzuführen. Der andere Teil ist durch die geänderte Fragestellung bedingt.

Wegen der bei einer Stichprobe anfallenden Zufallsfehler sind in den Tabellen Werte unter 5 000 (weniger als 50 Personen in der Stichprobe) infolge zu geringer Besetzungszahlen nicht nachgewiesen und durch einen Schrägstrich ersetzt. Werte zwischen 5 000 und 10 000 werden wegen ihrer eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt.

Mehr Erwerbspersonen

Im April 1991 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 833 000 Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und damit 28 000 mehr als ein Jahr zuvor. Dies bedeutet – wie 1990 – eine Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung) von rund 49 %. Die Zahl der Erwerbstätigen betrug 1 742 000 (+ 40 000 gegenüber 1990) und entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 46 %. Erwerbslos waren rund 91 000 Personen (– 11 000) oder 2,4 % der Bevölkerung.

Erwerbstätige sind Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Anders als bei den Arbeitslosenzahlen gelten solche Personen als erwerbslos, die normalerweise erwerbstätig sind und nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Dazu zählen auch Schulentlassene, die sich um eine Lehr- oder Arbeitsstelle bemühen, oder Personen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten, sich beim Arbeitsamt aber nicht als arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet haben.

Die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen seit 1990 zeigt sich besonders im Vergleich zu den Entwicklungen der vorhergehenden Jahre. Ging die Zahl der Erwerbstätigen bis Mitte der 80er Jahre kontinuierlich zurück, so nahm sie von 1985 bis 1989 um rund 76 000 oder 5 % zu. Die Ergebnisse des Jahres 1991 weisen einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 7 % (113 000) im Vergleich zu 1989 aus. Diese positive Veränderung innerhalb von nur zwei Jahren ist zum einen auf die tatsächliche Entwicklung zurückzuführen,

1. Bevölkerung 1981 bis 1991 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Beteiligung am Erwerbsleben	1981	1982	1983 ¹⁾	1984 ¹⁾	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
1 000											
Männlich											
Erwerbstätige	1 015,0	1 009,2	987,0	989,7	987,8	993,0	1 001,1	1 012,5	1 026,4	1 045,8	1 057,3
Erwerbslose	27,8	38,4	58,2	49,0	62,8	63,6	66,4	53,0	49,5	48,3	44,8
Erwerbspersonen	1 042,8	1 047,6	1 045,2	1 038,7	1 050,6	1 056,6	1 067,5	1 065,5	1 075,9	1 094,0	1 102,0
Nichterwerbspersonen	698,2	692,5	691,0	696,3	681,7	673,8	663,3	686,2	689,3	707,4	730,1
Bevölkerung	1 741,0	1 740,1	1 736,2	1 735,0	1 732,3	1 730,4	1 730,8	1 751,7	1 765,2	1 801,4	1 832,1
Weiblich											
Erwerbstätige	571,0	576,5	572,2	567,8	565,1	565,9	582,9	593,6	602,1	656,1	684,2
Erwerbslose	31,7	35,7	55,4	60,0	69,6	70,6	65,8	58,7	59,2	54,7	46,7
Erwerbspersonen	602,7	612,2	627,6	627,8	634,7	636,5	648,7	652,3	661,3	710,8	730,9
Nichterwerbspersonen	1 298,4	1 287,0	1 269,0	1 265,6	1 252,1	1 244,3	1 228,8	1 233,1	1 233,1	1 208,7	1 212,8
Bevölkerung	1 901,1	1 899,2	1 896,6	1 893,4	1 886,8	1 880,8	1 877,5	1 885,4	1 894,4	1 919,5	1 943,7
Insgesamt											
Erwerbstätige	1 586,0	1 585,7	1 559,2	1 557,5	1 552,9	1 558,9	1 584,0	1 606,1	1 628,5	1 701,8	1 741,5
Erwerbslose	59,5	74,1	113,6	109,0	132,4	134,2	132,2	111,7	108,7	103,0	91,5
Erwerbspersonen	1 645,5	1 659,8	1 672,8	1 666,5	1 685,3	1 693,1	1 716,2	1 717,8	1 737,2	1 804,9	1 832,9
Nichterwerbspersonen	1 996,6	1 979,5	1 960,0	1 961,9	1 933,8	1 918,1	1 892,1	1 919,3	1 922,4	1 916,0	1 942,9
Bevölkerung	3 642,1	3 639,3	3 632,8	3 628,4	3 619,1	3 611,2	3 608,3	3 637,1	3 659,6	3 720,9	3 775,8
Anteil an Bevölkerung in %											
Männlich											
Erwerbstätige	58,3	58,0	56,8	57,0	57,0	57,4	57,8	57,8	58,1	58,1	57,7
Erwerbslose	1,6	2,2	3,4	2,8	3,6	3,7	3,8	3,0	2,8	2,7	2,4
Erwerbspersonen	59,9	60,2	60,2	59,9	60,6	61,1	61,7	60,8	61,0	60,7	60,1
Nichterwerbspersonen	40,1	39,8	39,8	40,1	39,4	38,9	38,3	39,2	39,0	39,3	39,9
Weiblich											
Erwerbstätige	30,0	30,4	30,2	30,0	30,0	30,1	31,0	31,5	31,8	34,2	35,2
Erwerbslose	1,7	1,9	2,9	3,2	3,7	3,8	3,5	3,1	3,1	2,8	2,4
Erwerbspersonen	31,7	32,2	33,1	33,2	33,6	33,8	34,6	34,6	34,9	37,0	37,6
Nichterwerbspersonen	68,3	67,8	66,9	66,8	66,4	66,2	65,4	65,4	65,1	63,0	62,4
Insgesamt											
Erwerbstätige	43,5	43,6	42,9	42,9	42,9	43,2	43,9	44,2	44,5	45,7	46,1
Erwerbslose	1,6	2,0	3,1	3,0	3,7	3,7	3,7	3,1	3,0	2,8	2,4
Erwerbspersonen	45,2	45,6	46,0	45,9	46,6	46,9	47,6	47,2	47,5	48,5	48,5
Nichterwerbspersonen	54,8	54,4	54,0	54,1	53,4	53,1	52,4	52,8	52,5	51,5	51,5

1) 1983 und 1984 EG-Arbeitskräftestichprobe.

wonach auch deutlich mehr Personen im Erwerbsleben stehen. Zum anderen zeigt die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten hier ihre Auswirkungen.

Frauen sind zunehmend erwerbstätig

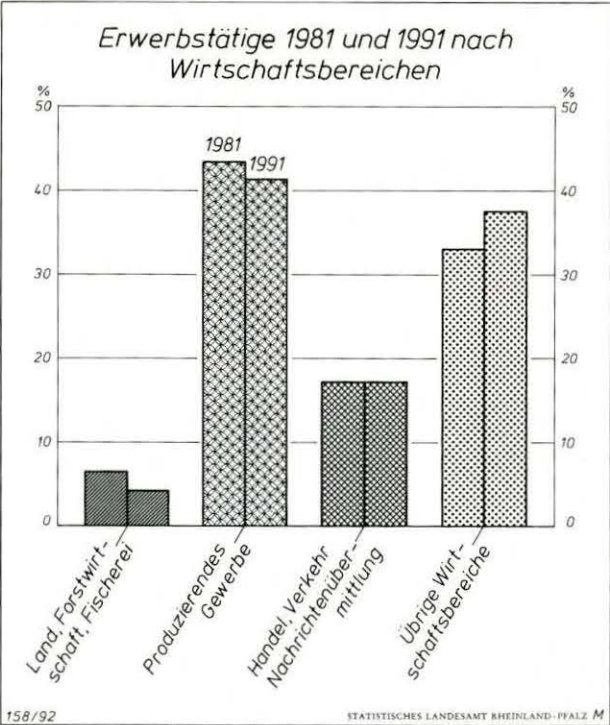
Die Zahl der Frauen, die am Erwerbsleben teilnehmen, nimmt ständig zu. Im Jahre 1981 zählten zu den Erwerbspersonen 32% der Frauen, 1991 waren es 38 %.

Gut 46% der Bevölkerung waren im April 1991 erwerbstätig. Der Anteil lag damit um 2,6 Prozentpunkte höher als 1981. Während sich die Erwerbstätigenquote bei den Männern im Vergleich der beiden Jahre auf unter 58% leicht verringerte, nahm der Anteil der erwerbstätigen Frauen gegenüber 1981 um 5 Prozentpunkte auf 35% zu. Der Hauptanteil dieser positiven Entwicklung geht auf den Zeitraum seit 1989 zurück. Auch hier liegt die Ursache vor allem in der Ergänzung des Erhebungskonzepts. So bringt die Erweiterung des Fragenprogramms gerade die Fälle zutage, die man erst jetzt als geringfügige Beschäftigungen im Sinne einer Erwerbstätigkeit werten kann.

Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur nach Wirtschaftsbereichen

Die Erwerbstätigkeit in den einzelnen Wirtschaftsbereichen weist zwischen 1981 und 1991 geringere Veränderungen auf als im Verlauf der 70er Jahre. Von 1971 bis 1981 ging die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen von 184 000 auf 103 000 zurück. Damit fiel ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt von 12 auf 6,5 Prozent. Im April 1991 waren es 73 000 oder 4% der Erwerbstätigen.

Im produzierenden Gewerbe ging der Anteil der Erwerbstätigen von 45% (1971) über 43% (1981) auf



41% im April 1991 zurück. Die Zahl der Beschäftigten stieg zwischen 1981 und 1991 um mehr als das Sechsfache im Vergleich zur vorangegangenen Dekade. Allein seit dem Jahr 1990 war ein Zugang von 27 000 Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zu verzeichnen.

Im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung waren sowohl 1971 und 1981 als auch 1991 17% der Erwerbstätigen beschäftigt. In den übrigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen) stieg dieser Anteil zwischen 1971 und 1981 um 7 Prozentpunkte auf 33%. Im April 1991 erreichten die dort Erwerbstätigen einen Anteil von über 37%. Somit sind

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf 1991

Wirtschaftsbereiche Wirtschaftsabteilung	Erwerbstätige insgesamt		davon					
			Selbstständige und mithelfende Familienangehörige		Beamte und Angestellte ¹⁾		Arbeiter ¹⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	73,4	4,2	55,1	27,4	/	/	14,2	2,0
Produzierendes Gewerbe	718,7	41,3	41,4	20,6	214,3	25,4	462,8	66,5
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	14,3	0,8	-	-	(7,5)	(0,9)	(6,8)	(1,0)
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	574,6	33,0	28,0	13,9	182,0	21,6	364,6	52,4
Baugewerbe	129,8	7,5	13,5	6,7	24,9	2,9	91,4	13,1
Handel und Verkehr	297,5	17,1	37,9	18,8	176,1	20,9	83,4	12,0
Handel	205,7	11,8	33,2	16,5	122,7	14,5	49,8	7,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	91,9	5,3	/	/	53,6	6,3	33,6	4,8
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	651,9	37,4	66,8	33,2	449,5	53,2	135,6	19,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	54,4	3,1	/	/	47,5	5,6	/	/
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	367,7	21,1	61,4	30,5	219,2	26,0	87,2	12,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	37,9	2,2	/	/	25,5	3,0	11,8	1,7
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	191,9	11,0	-	-	157,3	18,6	34,5	5,0
Insgesamt	1 741,5	100	201,1	100,0	844,2	100,0	696,0	100,0

1) Einschließlich Auszubildende.

fast 55 % aller Erwerbstätigen im tertiären Sektor beschäftigt, der neben den Dienstleistungen auch die Bereiche Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung umfaßt.

40 % der Erwerbstätigen sind Arbeiter

Wie 1990 waren auch im April 1991 mit 696 000 Personen 40 % der Erwerbstätigen als Arbeiter beschäftigt, zwei Drittel hiervon im produzierenden Gewerbe. 48 % – und damit 1 Prozentpunkt weniger als ein Jahr zuvor – gaben an, in einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis zu stehen. Von diesen waren weit über die Hälfte (53 %) im Dienstleistungsbereich tätig. In diesem Wirtschaftsbereich arbeitete auch ein Drittel der über 200 000 Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

46 % der verheirateten Frauen sind Erwerbspersonen

Die altersspezifischen Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen der jeweiligen Altersgruppe) vom April 1991 weisen aus, daß 45 % der Männer sowie 36 % der Frauen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren im Erwerbsleben standen. Während bei den Frauen die größte Erwerbsquote in der Altersstufe der 20- bis 25jährigen mit über 78 % erreicht wurde, war sie mit über 97 % bei den erwerbsfähigen Männern im Alter zwischen 35 und 40 Jahren am größten. Die durchschnittliche Erwerbsquote der Männer beträgt 60 %.

Vor allem bei den Frauen beeinflussten neben alters- auch familienspezifische Veränderungen das Erwerbsverhalten. Die Frauenerwerbsquote beträgt knapp 38 %. Von den 633 000 ledigen Frauen gaben 34 % an, erwerbstätig bzw. erwerbslos zu sein. Dasselbe gilt für

Erwerbsquoten 1991¹⁾

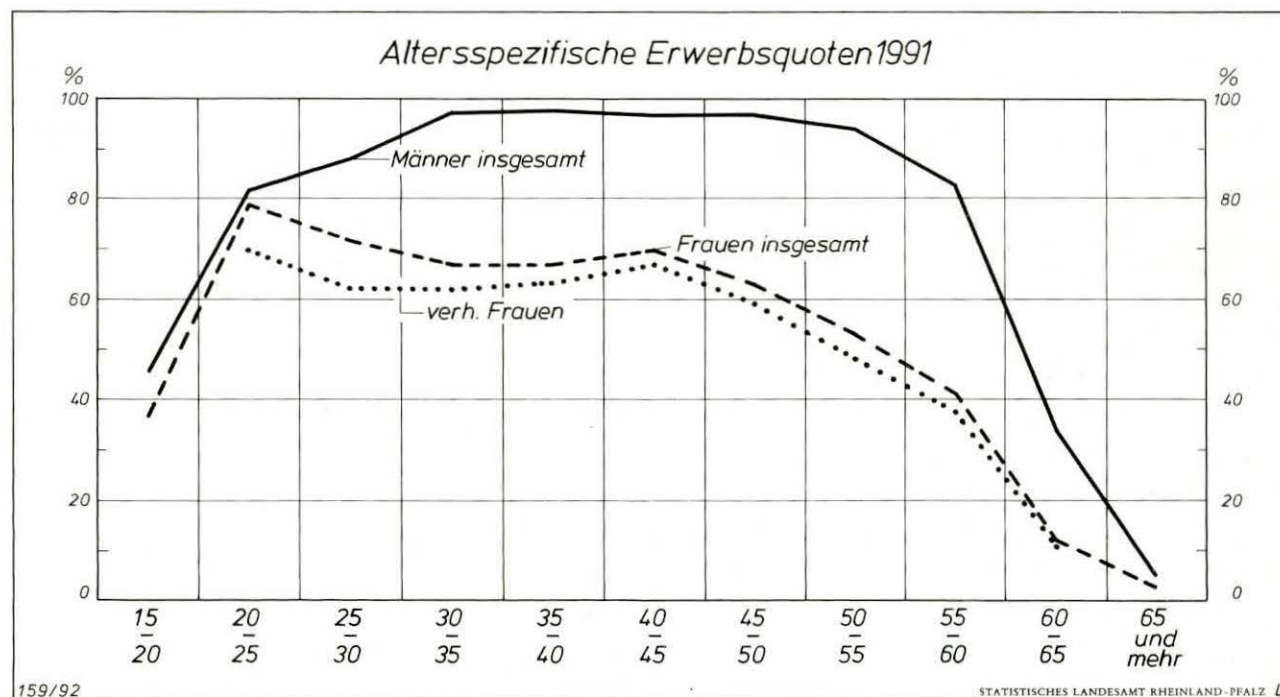
Alter von ... Jahren	männ- lich	Frauen			
		zu- sammen	ledig	ver- heiratet	verw./ gesch.
15 - 20	45,2	36,2	36,5	/	-
20 - 25	81,2	78,4	81,5	69,2	/
25 - 30	87,7	71,2	86,4	61,6	/
30 - 35	97,0	66,6	92,8	61,4	(78,1)
35 - 40	97,4	66,6	(88,9)	62,9	(85,3)
40 - 45	96,5	69,1	(89,3)	66,5	81,0
45 - 50	96,6	62,6	/	58,8	81,7
50 - 55	93,8	52,6	(82,5)	47,9	72,1
55 - 60	82,2	41,0	(79,4)	37,1	(45,1)
60 - 65	33,5	11,8	/	(10,4)	/
65 u. mehr	4,8	(2,3)	/	/	/
Insgesamt	60,1	37,6	33,9	46,1	20,4

1) Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern und Frauen der jeweiligen Altersgruppen.

20 % der verwitweten bzw. geschiedenen Frauen. Immer mehr verheiratete Frauen zählen zum Kreis der Erwerbspersonen. Im April 1991 waren es 46 %. Vor zehn Jahren lag ihre Erwerbsquote bei 37 %.

53 % der Alleinerziehenden sind erwerbstätig

Das Erwerbsverhalten, und hier vor allem die zunehmende Zahl von Ehefrauen, die neben dem Ehemann erwerbstätig sind, beeinflusst auch die Entwicklung in Familien, denen Kinder angehören. Berücksichtigt man bei der Ergebnisdarstellung alle Familien mit im Haushalt lebenden ledigen Kindern ohne Altersbegrenzung, so waren 1991 bei 46 % der 559 000 Ehepaare mit Kindern beide Ehepartner erwerbstätig. In 42 % dieser Familien war der Ehemann, in 3 % die Ehefrau allein erwerbstätig. In den übrigen Fällen waren entweder beide oder je einer der Ehepartner erwerbslos oder zählte zu den Nichterwerbspersonen.



Von den insgesamt 105 300 Alleinerziehenden waren 18 600 (18 %) Männer, von denen 69 % erwerbstätig waren. Bei den alleinerziehenden Frauen gingen mehr als 43 000, also rund die Hälfte, einer bezahlten Arbeit

nach. Damit waren insgesamt 53 % der Alleinerziehenden erwerbstätig.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Lutz Zaun

Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau 1992

Der Gemüsebau zählt zu den wenigen Bereichen, die sich relativ frei von Eingriffen der EG-Agrarpolitik entwickeln konnten. In Rheinland-Pfalz hat er sich unter hohem Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz großflächig in der Pfälzischen Rheinebene ausgedehnt. Sie bildet das größte geschlossene Gemüseanbaugelände Deutschlands. In Verbindung mit dem Wasserangebot des vorderpfälzischen Beregnungsverbandes kann diese vergleichsweise niederschlagsarme Region mit hoher Sonneneinstrahlung die besonderen Ansprüche vieler Gemüsearten an das Klima ideal erfüllen. Gleichzeitig begünstigen ebene oder nur leicht geneigte Flächen die Bearbeitung und Beregnung. Die leichten gut durchlüfteten Böden, z. B. humose sandige Lehm- oder Lößböden, sind für die meisten Gemüsearten gut geeignet.

Insgesamt ist zu erwarten, daß der Gemüsebau regional weiterhin gute Zukunftschancen hat. Nach den Betriebsergebnissen im Gartenbau erreichte im Wirtschaftsjahr 1990/91 die Betriebsform Gemüse – dazu zählen überwiegend spezialisierte Vollerwerbsbetriebe – ihren seit Jahren höchsten Gewinn. Zudem setzen die deutschen Gemüse immer öfter auf den Speiseplan. Der Pro-Kopf-Verbrauch ist im früheren Bundesgebiet von rund 75 kg für 1985/86 auf über 82 kg für 1989/90 gestiegen. Nach dem Beitritt der neuen Bundesländer erreichte er 1990/91 rund 81 kg. Der Selbstversorgungsgrad lag 1990/91 im vereinten Deutschland mit 41 % etwas höher als im früheren Bundesgebiet ein Jahr zuvor (38 %).

Die ernährungswirtschaftliche Einfuhr von Gemüse und sonstigen Küchengewächsen in die Bundesrepublik hat 1991 um 16 % auf über 3 Mill. t zugenommen. Haupteinfuhrländer sind die Niederlande, mit Abstand gefolgt von Spanien, Italien und Frankreich. Gleichzeitig wurden nur gut 206 000 t ausgeführt (+ 11 %). Diese betriebs- und marktwirtschaftlichen Eckdaten sind zudem vor dem Hintergrund einer agrarpolitischen Entwicklung zu sehen, die immer mehr zur Suche nach landwirtschaftlichen Produktionsalternativen zwingt.

Gemüsebau in der Bundesstatistik

In der Bundesstatistik wird der Bereich des Gemüsebaus hinsichtlich seiner Struktur im Rahmen der Gartenbauerhebung dargestellt, die Teil der im 10jährigen Turnus stattfindenden Landwirtschaftszählung ist. Zuletzt erfolgte sie 1981 und wird 1994 als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1991 neue Daten liefern.

Hier liegen die Daten der allgemeinen Gemüseanbauerhebung 1992 zugrunde. Eine direkte Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Gartenbauerhebung oder den Angaben zum Gemüseanbau aus der Bodennutzungshaupterhebung ist aufgrund unterschiedlicher Erfassungsgrenzen und Definitionen des Flächennachweises nicht gegeben.

Die Gemüseanbauerhebung wird alle vier Jahre als allgemeine Erhebung und in den Zwischenjahren repräsentativ vollzogen. Der Darstellungsbereich erstreckt sich auf alle Inhaber von Betrieben und Bewirtschafter von Flächen, die Gemüse zum Verkauf anbauen.

Sie erfaßt die Anbauflächen auf dem Freiland und unter Glas nach Gemüsearten, wobei die Mehrfachnutzung einer Grundfläche durch Vor-, Zwischen- und Nachkultur berücksichtigt wird. Gegenüber den Stichprobenerhebungen ist der Merkmalkatalog der allgemeinen Erhebung um die Nachweisung der Grundfläche mit überwiegendem Anbau von Gemüse erweitert. Ferner werden die Anbauflächen auch von selteneren Gemüsearten sowie teilweise der Vertragsanbau erfaßt. Nur auf der Basis der allgemeinen Erhebung werden Ergebnisse für regional tiefer gegliederte Einheiten aufbereitet. Dabei ist zu beachten, daß die Ergebnisse in der Region, in der sich der Sitz des Betriebes befindet, dargestellt werden. Die folgenden Ergebnisse beschränken sich aufgrund der geringen Bedeutung der Erzeugung unter Glas in Rheinland-Pfalz auf den Freilandanbau.

Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern

Insgesamt kommt dem rheinland-pfälzischen Gemüsebau im Bundesgebiet zwar keine führende Stellung zu, bei einzelnen Kulturen hat er jedoch eine erhebliche Bedeutung. Während der Anbau von Radieschen in jedem anderen Bundesland kaum ins Gewicht fällt, standen die rheinland-pfälzischen Erzeuger schon 1988 mit über 60 % der Anbaufläche bei weitem an der Spitze. Ausgeprägte jährliche Steigerungen dürften wohl dazu geführt haben, daß dieser Anteil 1992 im erweiterten Bundesgebiet noch zugenommen hat. Daneben hielten die rheinland-pfälzischen Erzeuger nach dem Beitritt der neuen Länder im Jahre 1991¹⁾ bei Rettich mit knapp 28 % der Fläche und bei Kopfsalat mit 22 % einen maßgeblichen Prozentsatz des deutschen Marktanteils. Von der Anbaufläche für Möhren, Chinakohl und Speisezwiebeln entfielen jeweils 16 bis 17 % auf Rheinland-Pfalz, bei Porree und Blumenkohl waren es noch 11 bzw. 12 %.

Dagegen ist der Anbau von Weißkohl, einer der bundesweit dominierenden Gemüsearten, wie auch von

1) Ergebnisse für 1992 nach Gemüsearten und Bundesländern lagen bei Abschluß dieser Veröffentlichung noch nicht vor.

Vertragsanbau ausgewählter Gemüsearten
auf dem Freiland 1988 und 1992 im früheren
Bundesgebiet und in Rheinland-Pfalz

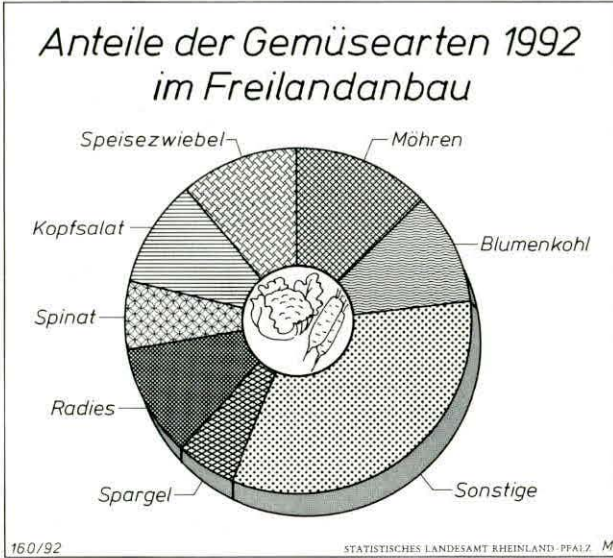
Gemüseart	Vertragsanbau in Prozent des Freilandanbaus der Gemüseart in ...		
	der BRD (alt)		Rheinland-Pfalz
	1988	1992	
	%		
Herbstweißkohl	69	30	28
Dauerweißkohl	30	23	18
Frühjahrsspinat	84	83	79
Herbstspinat	84	88	84
Frühe Möhren	22	6	6
Späte Möhren	37	13	11
Knollensellerie	29	13	11
Frischerbsen	92	-	40
Buschbohnen	87	76	35
Einlegegurken	87	44	70
Schälgurken	-	-	81
Grünkohl	-	-	78
Rote Rüben	-	-	33

Rotkohl, in Rheinland-Pfalz nicht entscheidend. Eine vergleichsweise geringe Rolle spielen auch Frischerbsen, Bohnen, Gurken, Karotten und Rote Rüben.

Unter Vertrag steht in Rheinland-Pfalz außer bei Gurken, Grünkohl und Spinat nur ein geringer Teil der Anbaufläche. 1988 lag der Prozentanteil des Vertragsanbaus bei der Mehrzahl der Gemüsearten unter dem Bundesdurchschnitt.

Produktpalette und Anbauentwicklung in Rheinland-Pfalz

Die Marktnähe der rheinland-pfälzischen Erzeugungsgebiete hat maßgeblich das Gemüsesortiment und die Anbauentwicklung mitbestimmt. Von den Erzeugergroßmärkten für Obst und Gemüse in Rheinland-Pfalz spielen auf dem Gemüsesektor der 1988 eröffnete Pfalzmarkt in Mutterstadt (ehemals Großmärkte Schifferstadt / Südpfalz) und der Markt Maxdorf die wichtigste Rolle. Sie halten einen Anteil von über 90 % am



Gesamtumsatz bei Gemüse. Dieser ist seit 1988 kontinuierlich von rund 75 Mill. DM auf mehr als 100 Mill. DM im Jahre 1991 gestiegen. Um neue Märkte zu erschließen, sind die großen Vermarktungseinrichtungen zum Angebot eines breiten Sortiments gezwungen. Damit haben sich in den letzten Jahren für die Betriebe verstärkt Ansätze zur Aufnahme und Ausdehnung des Anbaus neuer zuvor weniger verbreiteter Gemüsearten ergeben.

In der Erhebung 1992 wurden daher erstmals u.a. die Anbauflächen auf dem Freiland von Chicoree (80 ha), Staudensellerie (18 ha) und Gemüfefenchel (21 ha) gesondert erhoben. Für andere auch schon 1988 erfaßte Kulturen wie Petersilie (87 ha) ist ein stagnierender Anbau oder wie bei Schnittlauch, Radicchio und Zucchini eine Zunahme des jedoch geringen Flächenumsfangs zu verzeichnen. Von der in den vergangenen Jahren erweiterten Salatpalette, die nur zum Teil statistisch gesondert erfaßt wird, hat der Lolloalat, bei stetem Aufwärtstrend, einen beachtlichen Anbauumfang (120 ha) erreicht.

Im erweiterten Gemüsesortiment belegen jedoch vor allem Brokkoli und Radies mit seit 1988 starken Flächenausweitungen den Erfolg von Investitionen in Erzeugung und Vermarktung. Während der Brokkolianbau mit heute 216 ha seinen explosionsartigen Anstieg im Jahre 1989 verzeichnete, hat die Fläche von Radies mit jährlichen Steigerungsraten von 100 – 200 ha seit 1988 kontinuierlich auf 922 ha zugenommen.

Damit zählen Radieschen, neben den traditionell im Anbau befindlichen Arten Blumenkohl, Kopfsalat, Möhren und Speisezwiebeln, mittlerweile zu den bedeutendsten Gemüsekulturen gemessen an ihrem Anteil von jeweils über 10 % der gesamten Gemüesanbaufläche auf dem Freiland. Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang noch Spargel und Spinat mit jeweils über 5 % erwähnenswert.

Auch der Anbau „herkömmlicher“ Gemüsearten wurde seit 1988 noch ausgedehnt. Zu nennen sind hier in erster Linie Möhren (+ 59 %), aber auch Blumenkohl (+ 24 %) sowie Speisezwiebeln einschließlich der nicht gesondert erfaßten Bundzwiebeln (+ 22 %) und Spargel (+ 17 %). Ferner wurden für Rettich (+ 37 %) und Porree (+ 38 %) als Arten mit einem noch vergleichsweise hohen Anbauumfang von jeweils rund 250 ha Zunahmen verzeichnet.

Zu der Anbauausdehnung bei einigen Gemüsearten trugen, im Vergleich zum mittelfrühen und späten Anbau, Flächenerweiterungen beim Frühanbau relativ stärker bei. So nahm der auf frühe Möhren entfallende Flächenanteil von 44 % auf 51 % zu. Zudem fanden in den letzten vier Jahren außer bei Kohlrabi Verlagerungen zugunsten der Erzeugung von Frühkohl statt.

Der Anbau von Frühgemüse unter Folie gilt als ein wichtiger Umsatzträger. Der Anteil der für die Ernteverfrühung ständig oder vorübergehend unter Folie oder Vlies genutzten Grundfläche (874 ha) hat von 13 % im Jahre 1988 auf gut 14 % leicht zugenommen. Besonders hoch ist der Prozentsatz in der Stadt Ludwigshafen (28 %), gefolgt von den Kreisen Ludwigshafen (17 %) und Germersheim (15 %).

Durchschnittlicher Anbauumfang in den Betrieben steigt

Auch im Gemüsebau zeigt sich die allgemeine Tendenz zu größeren Produktionseinheiten. Gegenüber 1988 gibt es weniger Erzeuger mit Verkaufsanbau von Freilandgemüse. Ihre Zahl hat um 12 % auf rund 2 360 abgenommen. Gleichzeitig stieg die überwiegend für die Erzeugung von Gemüse genutzte Fläche auf rund 6 100 ha (+ 24 %). 2,6 ha Grundfläche (+ 0,8 ha) stellen damit die durchschnittliche Erzeugungsbasis dar. Der einzelbetriebliche Anbauumfang auf dieser Fläche erhöhte sich sogar um 1,2 ha auf 3,7 ha.

Dabei wurde der mittlere Anbauumfang nahezu jeder Gemüseart bei überwiegend gleichzeitigem Rückgang der sie anbauenden Betriebe vergrößert. Nur die Zahl der Erzeuger von Brokkoli, Lollo Salat und wenigen weiteren in geringem Umfang angebauten Gemüsearten zeigt keine rückläufige Tendenz.

Durchschnittlich mehr als 1 ha der betreffenden Fruchtart bauen Erzeuger von Chinakohl, Staudensellerie und Eissalat an. Bei Brokkoli, Kopfsalat, Möhren, Rettich und Speisezwiebeln entsprechen 2,5 bis 3 ha dem mittleren Produktionsumfang. 3,5 bis 4 ha sind es bereits bei Blumenkohl, Spinat und Chicoree. Spitzen-

Anbau ausgewählter Gemüsearten 1988 und 1992 auf dem Freiland

Gemüseart	1988			1992			
	Betriebe	Anbaufläche		Betriebe	Anbaufläche		Veränderung zu 1988
		je Betrieb	insgesamt		je Betrieb	insgesamt	
	Anzahl	ha		Anzahl	ha	%	
Freilandanbau insgesamt	2 688	2,51	6 739	2 357	3,70	8 718	29,4
darunter:							
Kohlgemüse							
Blumenkohl	315	2,35	741	257	3,57	918	23,9
Weißkohl	428	0,46	195	348	0,57	201	3,1
Brokkoli	69	0,94	65	73	2,96	216	232,3
Kohlrabi	341	0,56	190	254	0,80	203	6,8
Chinakohl	165	1,27	209	126	1,67	211	1,0
Rotkohl	346	0,34	117	279	0,33	94	- 19,7
Wirsing	306	0,32	98	256	0,44	112	14,3
Rosenkohl	132	0,31	41	112	0,27	30	- 26,8
Grünkohl	81	0,74	60	76	0,49	37	- 38,3
Blattgemüse							
Kopfsalat	431	2,06	887	308	2,86	881	- 0,7
Eissalat	163	0,83	136	110	1,02	112	- 17,6
Lollo Salat	122	0,55	67	143	0,84	120	79,1
Endiviasalat	223	0,47	104	140	0,54	76	- 26,9
Feldsalat	216	0,20	43	171	0,41	71	65,1
Radicchio	23	0,48	11	24	0,97	23	109,1
Spinat	195	2,79	544	154	3,62	557	2,4
Chicoree	.	.	.	21	3,81	80	.
Wurzel- und Knollengemüse							
Möhren	437	1,59	694	416	2,66	1 106	59,4
Radies	172	1,82	313	121	7,62	922	194,6
Rettich	118	1,59	187	101	2,54	256	36,9
Knollensellerie	282	0,47	133	234	0,61	142	6,8
Karotten	61	0,87	53	15	0,91	13	- 75,5
Rote Rüben	98	0,17	17	106	0,12	12	- 29,4
Meerrettich	.	.	.	6	0,11	1	.
Staudensellerie	.	.	.	16	1,15	18	.
Gemüsefenchel	.	.	.	40	0,53	21	.
Zwiebelgemüse							
Speisezwiebeln	402	1,98	796	354	2,73	967	21,5
Porree (Lauch)	358	0,51	181	312	0,80	249	37,6
Stengelmüese							
Spargel	1 569	0,26	409	1 398	0,34	477	16,6
Rhabarber	219	0,26	57	209	0,40	84	47,4
Fruchtgemüse							
Gurken	167	0,32	54	143	0,57	82	51,9
Zucchini	72	0,31	22	75	0,48	36	63,6
Tomaten	131	0,08	10	123	0,08	10	0,0
Hülsenfrüchte							
Buschbohnen	185	0,60	110	163	0,49	80	- 27,3
Stangenbohnen	246	0,12	30	196	0,12	23	- 23,3
Frischerbsen	72	0,13	9	87	0,64	55	511,1
Dicke Bohnen	.	.	.	42	0,08	3	.
Gewürzkräuter							
Petersilie	174	0,49	86	155	0,56	87	1,2
Schnittlauch	48	0,13	6	34	0,35	12	100,0

Anbau von Frühgemüse auf dem Freiland 1988 und 1992 nach ausgewählten Arten

Gemüseart	1988		1992	
	ha	% ¹⁾	ha	% ¹⁾
Frühweißkohl	51	26	69	34
Frührotkohl	26	22	37	39
Frühwirsing	28	29	44	39
Frühblumenkohl	238	32	378	41
Früher Brokkoli	25	38	91	42
Frühkohlrabi	126	66	96	47
Frühjahrskopfsalat	425	48	408	46
Frühjahrsspinat	124	23	157	28
Frühe Möhren	305	44	565	51
Frühe Karotten	22	42	7	54

1) Anteil am Gesamtanbau der jeweiligen Gemüseart.

reiter in Anbetracht ihrer extrem kurzen Kulturdauer sind mittlerweile Radieschen mit 7,6 ha, die zugleich die deutlichste Anbauausdehnung in den Betrieben seit 1988 hatten, als die Erzeuger erst mit durchschnittlich 2 ha zur Produktion beitrugen.

Weiterreichende Einblicke in die Größenstruktur bietet eine Aufbereitung der Betriebe nach ihrem Produktionsumfang. Dabei sollen vor allem die Betriebe betrachtet werden, die dem oberen oder unteren Quartil angehören. Überwiegend konzentriert sich der Anbau auf das obere Quartil (die 25 % größten Betriebe). Hierauf entfallen 93 % der Fläche im Land. Dies entspricht einem durchschnittlichen Umfang je Betrieb von 13,8 ha. Insgesamt betrachtet ist mit nur 55 ha Anbau von Freilandgemüse der Beitrag des unteren Viertels von Gemüseerzeugern am Gesamtanbau (0,6 %) verschwindend gering. Im Schnitt erzeugen sie nur knapp 10 a Gemüse zum Verkauf.

Die Tabelle zeigt die Verteilung des Anbaus der landesweit wichtigsten Gemüsearten. Lediglich bei Spargel, der als sehr arbeitsintensives Feingemüse von vielen Erzeugern kleinflächig kultiviert wird, bleibt das obere Quartil der Spargelbetriebe unter 70 % der 477 ha Spargelfläche im Land. Besonders ausgeprägt ist die Konzentration auf wenige große Betriebe bei Radieschen, Brokkoli und Rettich. Die übrigen aufgeführten

Verteilung der Betriebe mit Freilandanbau 1992 nach ausgewählten Gemüsearten

Gemüseart	Betriebe insgesamt		darunter die 25 % Betriebe mit den höchsten Anbauflächen der jeweiligen Gemüseart (oberes Quartil)		
	Betriebe	Anbau	Anbau zusammen	Anteil am Anbau insg.	Anbau je Betrieb
	Anzahl	ha	ha	%	ha
Möhren	416	1 106	925	84	8,90
Speisezwiebeln	354	967	759	78	8,63
Radies	121	922	880	95	29,35
Blumenkohl	257	918	703	77	10,99
Kopfsalat	308	881	761	86	9,88
Spinat	154	557	479	86	12,60
Spargel	1 398	477	320	67	0,92
Rettich	101	256	237	93	9,50
Lauch	312	249	213	86	2,73
Brokkoli	73	216	208	96	11,53
Kohlrabi	254	203	164	81	2,60

traditionellen Arten vereinen zwar einen etwas höheren Produktionsanteil auf Betriebe mit weniger großen Erzeugungseinheiten, das untere Erzeugerquartil der jeweiligen Gemüseart erreicht jedoch auch hier kaum ein halbes Prozent des Anbaus. Nur beim Spargel entfallen darauf gut 5 %.

Einzelbetriebliche Spezialisierung

In vielen rheinland-pfälzischen Gemüseanbaubetrieben hat sich vor dem Hintergrund dieser Konzentrationsprozesse die Spezialisierung auf eine kleine Produktpalette durchgesetzt. Diese Tendenz zur arbeitswirtschaftlich und kostenmäßig günstigen Begrenzung auf wenige Gemüsearten mit höherem Anbauumfang wird durch eine Konzentration der Vermarktung und damit einer relativ größeren Absatzsicherheit noch verstärkt.

So macht der Anbau von Möhren, Speisezwiebeln, Radieschen, Blumenkohl, Spinat, Brokkoli und Chicoree in den jeweiligen Erzeugerbetrieben 30 bis 40 % des Freilandanbaus aus. Bei Spargel, der in vielen Betrieben sogar die einzige Gemüseart ist, werden im Schnitt 45 % überschritten.

Ausgehend von 40 Gemüsearten und der in der Gemüseanbauerhebung erfragten Position „sonstige Arten“ konzentrieren sich fast 20 % der Gemüsebaubetriebe auf zwei bis vier Kulturen. Rund 61 % beschränken sich auf nur eine Art. Dies sind jedoch überwiegend (83 %) Spargelanbauer, wodurch die mittlere Anbaufläche dieser Betriebe auch vergleichsweise niedrig liegt.

Nur ein kleines Gemüsesortiment findet sich aber ebenso in der Mehrzahl der Betriebe mit Anbau von Möhren bzw. Speisezwiebeln. Jeweils rund die Hälfte dieser Betriebe beschränkt sich auf die Erzeugung von weniger als 4 Arten. Deutlich geringer ist dieser Anteil z. B. bei den Produzenten von Radieschen (23 %), Spinat (31 %) oder Rettich (35 %). Auf diese spezialisierten Betriebe entfällt jedoch, wie bei Möhren und Speisezwiebeln mit 60 bis gut 80 % der Anbaufläche im Land, der Hauptproduktionsanteil. Bei kleiner Produktpalette beläuft sich der Flächenanteil der genannten Kulturen am gesamten Freilandanbau der Betriebe im Schnitt mehrheitlich auf über 40 %.

Doch nicht alle bedeutenden Gemüsearten werden schwerpunktmäßig in Betrieben mit kleinerem Gemüsesortiment angebaut. Die Erzeuger von Blumenkohl, Kopfsalat und Lauch z. B. kultivieren mehrheitlich eine breitere Produktpalette. Anders als bei den vergleichsweise neuen Gemüsearten Radies und Brokkoli tragen hier selbst Betriebe mit mehr als 10 Gemüsearten noch entscheidend zum Anbau bei.

Kerngebiet in der Pfälzischen Rheinebene

Die Konzentration der Anbauflächen auf wenige Betriebe geht mit einer Konzentration des Anbaus auf nur wenige Gemeinden einher. Insgesamt wurde nur in rund 240 der ca. 2 300 rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden Gemüsebau betrieben.

Anteil ausgewählter Gemüsearten¹⁾ 1992
am Freilandanbau insgesamt in den jeweiligen
Erzeugerbetrieben

Gemüseart	Betriebe	Anbau von Gemüse		darunter	
		insgesamt	je Betrieb	Anbau der jeweiligen Gemüseart	
	Anzahl	ha	ha	ha	%
Möhren	416	3 331	8,01	1 106	33
Speisezwiebeln	354	2 941	8,31	967	33
Radies	121	2 482	20,51	922	37
Blumenkohl	257	2 853	11,10	918	32
Kopfsalat	308	3 437	11,16	881	26
Spinat	154	1 375	8,93	557	41
Spargel	1 398	1 046	0,75	477	46
Rettich	101	1 104	10,93	256	23
Lauch	312	2 207	7,07	249	11
Brokkoli	73	711	9,75	216	30
Gurken	143	329	2,30	82	25
Chicoree	21	252	11,98	80	32
Buschbohnen	163	663	4,07	80	12
Frischerbsen	87	483	5,55	55	11
Zucchini	75	339	4,52	36	11
Karotten	15	85	5,64	14	16

1) Gemüseart mit einem Anteil von mehr als 10 %.

Abgesehen von der Rheininsel Niederwerth im Kreis Mayen-Koblenz, die einen kleinen Schwerpunkt im Norden bildet, findet sich der intensive Gemüsebau, wie bereits eingangs erwähnt, ausschließlich in der Pfälzischen Rheinebene. Hierauf entfallen rund 90 % der Anbaufläche, weitere 7,7 % auf Rheinhessen. Allein von den im Kreis Ludwigshafen ansässigen Betrieben werden 45 % des Gemüses angebaut.

Die dargelegten Strukturveränderungen haben auch für Verwaltungsbezirke Gültigkeit. In der Regel hat die Zahl der Betriebe bei gleichzeitiger Anbauerweiterung abgenommen. Relativ geringer ist der Rückgang in den Städten Ludwigshafen und Mainz sowie im Landkreis Bad Dürkheim.

Hinsichtlich des durchschnittlichen Anbaus je Betrieb sind aufgrund des insgesamt rückläufigen bzw. kaum veränderten Flächenumfangs lediglich in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen keine deutlichen Zunahmen zu verzeichnen. Nach wie vor die größten Gemüseerzeuger, gemessen am mittleren ein-

zelbetrieblichen Anbau, gibt es in den Städten Frankenthal und Ludwigshafen, ferner im Kreis Ludwigshafen.

Die sehr kleinstrukturierte Produktion in Mainz-Bingen ist auf die dominierende Stellung des Spargelanbaus mit über 90 % der Gemüseerzeugung im Kreisgebiet zurückzuführen. Der Spargel spielt mit einem Anteil von 22 % an der gesamten Anbaufläche ferner im Landkreis Alzey-Worms und mit jeweils über 30 % mehr noch in der Stadt Mainz und im Kreis Bad-Dürkheim eine Rolle. Gut die Hälfte des rheinland-pfälzischen Spargelanbaus vereinen die rheinhessischen Gebiete Mainz, Mainz-Bingen und Alzey-Worms auf sich.

Die ansonsten großflächig in Rheinland-Pfalz angebauten Gemüsearten prägen auch in den Regionen zum

Gemüsearten¹⁾ je Betrieb auf dem Freiland 1992

Betriebe mit ... Gemüsearten	Betriebe	Anbaufläche insgesamt	Anbaufläche je Betrieb
	Anzahl	ha ¹⁾	
1	1 448	1 233	0,85
2	228	906	3,97
3	131	1 308	9,98
4	102	1 154	11,31
5	74	720	9,73
6	56	665	11,88
7	56	638	11,39
8	44	394	8,95
9	31	302	9,74
10 und mehr	187	1 399	7,48
insgesamt ²⁾	2 357	8 718	3,70

1) Erläuterungen zur Anzahl einbezogener Arten enthält der Veröffentlichungstext. – 2) Summendifferenzen sind durch Rundungen bedingt.

Teil deutlich das Angebot der Erzeuger. Bei den Betrieben in der Stadt Frankenthal nehmen z. B. Speisezwiebeln 35 % ihrer Fläche und Spinat weitere 14 % ein. Im Landkreis Alzey-Worms sind es 40 % Speisezwiebeln, die, zusammen mit der bereits erwähnten Spargelproduktion, insgesamt über 60 % des Anbaus ausmachen. Im Landkreis Germersheim liegt neben Radies (24 %) und Kopfsalat (14 %) der Anteil an Möhren (26 %) vergleichsweise hoch, der im übrigen auch im Landkreis Südliche Weinstraße (21 %) eine Rolle spielt.

Betriebe mit ausgewählten Gemüsearten 1992 nach der Anzahl weiterer angebauter Arten¹⁾

Betriebe mit ...	Betriebe insgesamt		darunter mit ... weiteren Arten							
			0 - 3				9 und mehr			
	Betriebe	Anbau	Betriebe		Anbau		Betriebe		Anbau	
	Anzahl	ha	Anzahl	% ²⁾	ha	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	ha	% ²⁾
Möhren	416	1 106	206	49,5	743	67,2	120	28,8	89	8,0
Speisezwiebeln	354	967	191	54,0	773	79,9	86	24,3	31	3,2
Radieschen	121	922	28	23,1	682	74,0	65	53,7	49	5,3
Blumenkohl	257	918	54	21,0	298	32,5	105	40,9	176	19,2
Kopfsalat	308	881	46	14,9	256	29,1	143	46,4	280	31,8
Spinat	154	557	48	31,2	449	80,6	80	51,9	38	6,8
Spargel	1 398	477	1 317	94,2	442	92,9	38	2,7	8	1,7
Rettich	101	256	35	34,7	160	62,5	42	41,6	20	7,8
Lauch	312	249	70	22,4	94	37,8	154	49,4	83	33,3
Brokkoli	73	216	12	16,4	72	33,3	46	63,0	8	3,7

1) Erläuterungen zur Anzahl einbezogener Arten enthält der Veröffentlichungstext. – 2) Anteil an insgesamt.

Gemüseanbau auf dem Freiland 1988 und 1992 nach ausgewählten Verwaltungsbezirken

Land Kreisfreie Stadt Kreis	Betriebe			Anbau			Anbau je Betrieb	
	1988	1992	Veränderung	1988	1992	Veränderung	1988	1992
	Anzahl		%	ha		%	ha	
Rheinland-Pfalz	2 688	2 357	- 12,3	6 739	8 718	29,4	2,51	3,70
darunter								
Kreisfreie Stadt								
Frankenthal	65	56	- 13,8	550	681	23,8	8,46	12,16
Ludwigshafen a. Rhein	60	57	- 5,0	800	1 091	36,4	13,33	19,14
Mainz	133	122	- 8,3	164	158	- 3,7	1,23	1,30
Landkreis								
Alzey-Worms	192	163	- 15,1	205	284	38,5	1,07	1,74
Bad Dürkheim	136	130	- 4,4	122	173	41,8	0,90	1,33
Germersheim	640	551	- 13,9	1 064	1 591	49,5	1,66	2,89
Südliche Weinstraße	118	100	- 15,3	240	339	41,3	2,03	3,39
Ludwigshafen	615	535	- 13,0	3 162	3 915	23,8	5,14	7,32
Mainz-Bingen	470	395	- 16,0	122	124	1,6	0,26	0,31

Die Betriebe im Stadtgebiet von Ludwigshafen konzentrieren sich auf den Anbau von Blumenkohl (40 %), Kopfsalat (23 %) und Radies (11 %). Im Landkreis Ludwigshafen, dem größten Gemüselieferanten, entfallen dagegen auf die fünf in Rheinland-Pfalz bedeutendsten Gemüsearten jeweils ungefähr 10 % des Anbaus.

Nur wenige große Gemüsebaugemeinden

Einschließlich der kreisfreien Städte Ludwigshafen, Frankenthal, Mainz und Worms vereinen die Betriebe in nur 15 weiteren Gemeinden über 75 % des Freilandanbaus auf sich. Darunter ist keine Gemeinde mit weniger als 100 ha Anbaufläche. Auf die drei großen Gemeinden, zum Landkreis Ludwigshafen gehörenden, entfallen jeweils mehr als 500 ha.

Dabei bilden im Landkreis Ludwigshafen, abgesehen von dem etwas nördlicher gelegenen Bobenheim-Roxheim (548 ha), die benachbarten Gemeinden Schifferstadt (599 ha), Fußgönheim (506 ha), Dannstadt-Schauernheim (469 ha) und Hochdorf-Assenheim (352 ha) zusammen mit Mutterstadt, Lamsheim und Maxdorf eine zusammenhängende Region.

Weingarten, als viertgrößte Gemüsebaugemeinde im Land (469 ha), in deren Nachbarschaft Zeiskam und Lustadt noch eine Rolle spielen, gehört zum Kreis Germersheim. Weiter südlich ist Hatzenbühl zu erwähnen. Ferner nennenswert sind die Gemeinden Eich (198 ha) im Landkreis Alzey-Worms und Gommersheim (132 ha) im Kreis Südliche Weinstraße.

Bei den genannten Gemeinden fällt hinsichtlich der Bedeutung einzelner Gemüsearten in Maxdorf die Dominanz von Blumenkohl auf. Ebenso führend ist Spinat in Bobenheim-Roxheim, worauf zudem ein maßgeblicher Anteil der Anbaufläche im Land entfällt. Auf den Möhrenanbau sind vor allem die Erzeuger in Hatzenbühl aber auch in Mutterstadt spezialisiert. Der Anbau von Radieschen steht in Weingarten und Schifferstadt im Vordergrund.

Der regionalen Entwicklung des Gemüseanbaus soll in Zukunft durch die Fortentwicklung des Beregnungsverbandes Vorderpfalz weiter Auftrieb gegeben werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit eine Verbesserung der Produktionsbedingungen im Raum Bad Dürkheim und der Südpfalz die Anbaustrukturen im Land beeinflussen wird.

Dr. Birgit Hübbers

Anbau von Getreide und Ölfrüchten vor dem Hintergrund der EG-Agrarpolitik

Mit ihrem Beschluß vom 21. Mai 1992 leiteten die EG-Agrarminister eine grundlegende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ein. Diese war durch die Agrarüberschüsse, insbesondere bei Getreide und Rindfleisch, notwendig geworden. Hinzu kam, daß die bestehenden Marktordnungsinstrumente immer weniger zur Einkommenssicherung in den landwirtschaftlichen Betrieben beitragen konnten.

Die wichtigste Änderung der Agrarreform ist der Ersatz der Preispolitik durch direkte Einkommenszah-

lungen. So werden zum Beispiel die administrierten Getreidepreise vom Wirtschaftsjahr 1993 / 94 an schrittweise um etwa 30 % gesenkt, gleichzeitig erhalten die Landwirte eine jährlich steigende Hektarbeihilfe. Sie beträgt in Deutschland 1993 / 94 je Hektar Getreidefläche 330 DM. Im Zieljahr der Reform, 1995 / 96, liegt sie bei 593 DM / ha.

Für die Ölsaaten (Raps, Rüben, Sonnenblumen, Sojabohnen) wird eine Prämie gezahlt, die sich aus dem Verhältnis des Weltmarktpreises zu einem Zielpreis

errechnet. Sie wird jährlich neu festgesetzt. Die Zahlung für die Eiweißpflanzen (Erbsen, Bohnen, Süßlupinen) beträgt während der nächsten drei Wirtschaftsjahre voraussichtlich 857 DM/ha.

Wie die Landwirtschaft im einzelnen auf die neue Situation reagieren soll, wird zur Zeit von den Betriebswirtschaftlern lebhaft diskutiert. Mit dem statistischen Datenmaterial der Agrarberichterstattung 1991 liegt ein umfangreiches Datenwerk vor, um die derzeitige Struktur des Getreide- und Ölfruchtanbaus darstellen zu können.

Landwirte folgten den agrarpolitischen Vorgaben

Die Veränderungen der Anbauverhältnisse auf dem Ackerland während der letzten zwanzig Jahre spiegeln die wechselnden agrarpolitischen Vorgaben und die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider. Getreide war schon immer die wichtigste Kulturart auf dem Ackerland. So lag der Anteil der Betriebe, die über Ackerland verfügten und Getreide anbauten, in Rheinland-Pfalz zwischen 1971 und 1979 bei etwa 92 %. In diesem Zeitraum dehnten sie, als Folge der hohen Getreidepreise, den Flächenanteil des Getreides sogar noch von 71 % auf 79 % aus. Die Handelsgewächse, bei denen es sich im wesentlichen um Ölfrüchte handelt, kamen auf knapp 1 %, die Hülsenfrüchte waren nahezu bedeutungslos.

Als in der EG zunehmend Getreideüberschüsse auftraten und diese nur unter finanziellen und politischen Schwierigkeiten exportiert werden konnten, begann die Suche nach Alternativen. Die Agrarpolitiker entdeckten die Handelsgewächse, speziell die Ölfrüchte und die Hülsenfrüchte, neu. Da der größte Teil dieser Produkte importiert wurde, sahen sie im Anbau dieser Kulturen die Lösung des Problems der Getreideüberschüsse. Nachdem die Preisrelationen zwischen Getreide sowie den Öl- und Hülsenfrüchten zugunsten der Öl- und Hülsenfrüchte geändert worden waren, kam es zu erheblichen Anbauausweitungen, insbesondere bei Ölfrüchten.

Im Zeitraum 1983 bis 1987 stieg die mit Handelsgewächsen bestellte Fläche um das Zweieinhalbfache auf 27 600 ha. Die Zahl der Betriebe mit entsprechendem Anbau verdoppelte sich. Bei den Hülsenfrüchten war die Entwicklung noch stärker ausgeprägt. Die Zahl der Betriebe stieg um das Sechsfache und die Fläche um mehr als das Achtfache.

Weitere Reformbemühungen begannen, als auch für diese Produkte der finanz- und handelspolitische Spielraum enger wurde und Preissenkungen für alle Produkte erfolgten. Zur Begrenzung der Produktion wurden zusätzlich die Flächenstillegungsprogramme eingeführt. Infolge dieser Maßnahmen sank der Getreideanteil bis 1991 auf 68 % und der Anteil der getreideanbauenden Betriebe ging auf 86 % zurück. Ein großer Teil der nicht mehr mit Getreide bestellten Flächen wurde stillgelegt. 13 % der Betriebe nahmen mit rund 5 % des Ackerlandes an den Programmen teil.

Die Handelsgewächse, hauptsächlich Winterraps und Sonnenblumen, gewannen dagegen an Bedeutung. Sie wuchsen 1991 auf 10 % des Ackerlandes, und fast jeder vierte Landwirt baute sie an. Der Anbauumfang der Hülsenfrüchte fiel fast wieder auf das Niveau von 1971 zurück. Ein wesentlicher Grund ist die noch nicht abgeschlossene züchterische Bearbeitung. Hülsenfrüchte weisen große Ertragsschwankungen bei einem insgesamt niedrigen Ertragsniveau auf. Demgegenüber hat der Züchtungsfortschritt den Siegeszug des Rapses unterstützt.

Betriebe immer größer

1991 gab es in Rheinland-Pfalz 32 300 Betriebe mit Ackerland, das sind 53 600 weniger als 1971. Sie bewirtschafteten 415 000 ha Ackerland. Damit stehen heute jedem Betrieb im Durchschnitt 12,9 ha Ackerland – mehr als doppelt soviel wie 1971 – zur Verfügung. Die Besetzung der einzelnen Größenklassen veränderte sich uneinheitlich. Bis 1983 stieg die Zahl der Betriebe in den Größenklassen über 30 ha landwirtschaftlich

Landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland 1991 nach ausgewählten Fruchtarten und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland insgesamt		Anbau von Getreide (einschließlich Körnermais und Corn Cob Mix), Ölfrüchten und Hülsenfrüchten										
			insgesamt		Getreide		Ölfrüchte		Hülsenfrüchte		darunter mit Schweinehaltung		
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Tiere
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl
unter 1	1 236	376	212	73	206	71	3	1	5	0	70	38	771
1 – 2	2 923	2 523	2 029	1 686	1 998	1 642	57	42	6	2	607	526	2 633
2 – 5	5 153	10 059	4 108	7 531	4 067	7 232	254	287	17	12	1 409	2 593	7 944
5 – 10	5 464	23 840	4 833	18 755	4 811	17 708	615	1 013	31	34	1 916	7 591	17 464
10 – 20	6 501	61 350	6 091	47 796	6 068	43 611	1 562	4 050	84	135	2 588	21 264	54 177
20 – 30	3 855	64 369	3 728	48 759	3 721	43 700	1 311	4 785	139	274	1 636	23 337	79 390
30 – 50	4 204	103 995	4 130	80 310	4 125	70 494	1 736	9 163	258	652	1 771	38 279	145 321
50 – 100	2 549	110 915	2 513	88 399	2 511	74 343	1 447	13 088	254	968	980	39 379	141 625
100 und mehr	404	37 621	396	31 287	396	24 594	311	6 343	59	350	121	10 759	28 277
Insgesamt	32 289	415 049	28 040	324 596	27 903	283 396	7 296	38 772	853	2 427	11 098	143 768	477 602

genutzter Fläche (LF). Seither nimmt nur noch die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr ha LF zu.

Zwischen der Betriebsgröße und den angebauten Kulturen läßt sich ein Zusammenhang feststellen. Die Betriebe mit 100 und mehr ha LF haben zu 98 % Getreide, zu 77 % Ölfrüchte und zu 15 % Hülsenfrüchte in ihrem Anbauplan. In den Betrieben mit 1 bis 2 ha LF drillen zwar noch 68 % Getreide; Öl- und Hülsenfrüchte sind jedoch bedeutungslos. In diesen Betrieben sind Kartoffeln und Gartengewächse die wichtigeren Anbauprodukte.

Die Flächenanteile für Getreide liegen in den einzelnen Größenklassen, abgesehen von der untersten, zwischen 65 und 74 %, was die nach wie vor große Bedeutung des Getreideanbaus für die landwirtschaftlichen Betriebe erkennen läßt. Aus einer gesonderten Datenaufbereitung der Ergebnisse des Jahres 1991 geht hervor, daß Ölfrüchte Anteile von 0 bis 17 % erreichen. Warum gerade größere Betriebe Ölfrüchte anbauen, dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Sie erzielen einen größeren Teil ihres Einkommens aus dem Verkauf pflanzlicher Produkte als die mittleren und kleineren Betriebe. Diese veredeln häufig ihr Getreide über die Viehhaltung und sind damit gegenüber Veränderungen der Preisrelationen bei den pflanzlichen Produkten stabiler. Halten 30 % der Betriebe mit 100 und mehr ha LF Schweine, weisen dagegen bei den mittleren Betrieben (30 bis 50 ha LF) etwa 41 % eine Schweinehaltung nach.

Bedeutung kommt den Ölfrüchten in den größeren Betrieben auch bei der Sanierung der Fruchtfolge zu. Sie unterbrechen, genau wie etwa Zuckerrüben und Ackerfutterpflanzen, die Infektionskette des Getreidebaus und führen so zu höheren Getreideerträgen bei gleichem oder sogar vermindertem Aufwand. Der Vorteil der Ölfrüchte gegenüber den Zuckerrüben liegt darin, daß sie nicht kontingentiert sind.

Die Kosten für die Beschaffung von Informationen über den Anbau einer neuen Fruchtart sind für alle Betriebe etwa gleich. Bezieht man diese Kosten jedoch auf den Hektar Anbaufläche, so haben die größeren

Betriebe wegen ihrer größeren Anbauflächen einen weiteren Vorteil gegenüber kleineren Betrieben. In der Größenklasse 100 und mehr ha LF bauen denn auch 80 % der Betriebe mehr als 10 ha Ölfrüchte an, nur 7 % haben weniger als 5 ha Ölfrüchte. In der Klasse 50 bis 100 ha bauen 36 % der Betriebe auf mehr als 10 ha Ölfrüchte an, schon 24 % sind es mit weniger als 5 ha Ölfrüchten. Gleichzeitig haben nur 57 % der Betriebe in dieser Größenklasse Ölfrüchte in ihrem Anbauplan, in der Klasse der Betriebe mit mindestens 100 ha LF sind es 77 %.

Sonnenblumen im Süden, Raps im Norden

Neben den wirtschaftlichen Gründen führen auch natürliche Gegebenheiten dazu, daß einzelne Fruchtarten regional unterschiedliche Bedeutung haben. Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen auch die politischen Vorgaben zählen.

Die wirtschaftlichen Gründe für die starke Zunahme der Ölfrüchte, insbesondere Winterraps und Sonnenblumen, wurden bereits genannt. Die regionale Verteilung ist jedoch stark durch die klimatischen Bedingungen beeinflusst. Sonnenblumen, die hohe Ansprüche an die Sonnenscheindauer stellen, werden schwerpunktmäßig nur in Rheinhessen und der Pfälzischen Rheinebene angebaut. Das Weinbauklima dieser Regionen bietet gute Voraussetzungen für hohe Erträge. In den klimatisch weniger begünstigten Landesteilen ist der anspruchslosere Raps überlegen, so daß dort die Sonnenblumen keine Bedeutung haben.

Der Anbau von Sommer- und Wintergerste ist stark von der Verwertungsmöglichkeit bestimmt. Wirtschaftlich ist die Sommergerste mit ihren geringen Erträgen der Wintergerste nur überlegen, wenn sie als Braugerste verkauft werden kann. Ansonsten findet die Gerste vorwiegend als Futtergetreide Verwendung, wo dann der Ertrag den Deckungsbeitrag bestimmt.

In den Landkreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach und dem Donnersbergkreis, alten Anbaugebieten für Braugerste, liegen 24 % der Sommergerstenfläche des Landes. Die traditionellen Bindungen zwischen den

Landwirtschaftliche Betriebe mit Ölfrüchten 1991 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ölfrüchten insgesamt		davon mit einer Ölfrucht-Anbaufläche von ... ha						Körner- sonnenblumen		Winterraps	
			unter 5		5 – 10		10 und mehr					
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 1	3	1	3	1	–	–	–	–	3	1	–	–
1 – 2	57	42	57	42	–	–	–	–	15	10	30	25
2 – 5	254	287	254	287	–	–	–	–	58	61	178	205
5 – 10	615	1 013	611	985	4	28	–	–	123	201	456	750
10 – 20	1 562	4 050	1 458	3 391	101	622	3	36	543	1 356	1 001	2 514
20 – 30	1 311	4 785	1 009	2 790	281	1 767	21	228	511	1 746	811	2 896
30 – 50	1 736	9 163	910	2 785	672	4 488	154	1 890	559	2 885	1 210	6 021
50 – 100	1 447	13 088	343	1 146	578	4 065	526	7 877	308	2 563	1 169	10 148
100 und mehr	311	6 343	22	66	39	291	250	5 986	42	699	282	5 434
Insgesamt	7 296	38 772	4 667	11 493	1 675	11 262	954	16 017	2 162	9 522	5 137	27 994

Landwirtschaftliche Betriebe mit Kulturarten 1991 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Landwirtschaftliche Betriebe mit									
	Getreide		Ölfrüchten						Hülsenfrüchten	
			zusammen		Winterraps		Körner Sonnenblumen			
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Kreisfreie Stadt Koblenz	82	979	33	85	33	85	-	-	-	-
Landkreise										
Ahrweiler	868	7 081	98	516	92	493	.	.	25	113
Altenkirchen (Ww.)	739	3 684	34	118	33	118	.	.	3	9
Bad Kreuznach	1 411	14 475	407	2 119	296	1 415	147	625	40	141
Birkenfeld	674	8 011	202	1 154	194	1 132	-	-	29	78
Cochem-Zell	1 073	13 589	336	1 751	323	1 688	-	-	30	93
Mayen-Koblenz	1 335	22 288	709	4 022	688	3 915	8	28	90	262
Neuwied	679	5 495	80	455	70	388	11	62	14	23
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 858	20 142	879	3 875	831	3 687	-	-	46	77
Rhein-Lahn-Kreis	1 166	13 831	360	2 374	352	2 315	3	23	36	125
Westerwaldkreis	1 094	6 232	125	846	120	826	.	.	20	70
RB Koblenz	10 979	115 808	3 263	17 315	3 032	16 062	172	749	333	991
Kreisfreie Stadt Trier	55	640	15	108	13	98	.	.	-	-
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	1 389	12 570	282	1 535	266	1 468	.	.	40	93
Bitburg-Prüm	2 863	23 648	345	1 995	328	1 883	-	-	106	246
Daun	1 383	8 963	71	348	66	339	-	-	12	31
Trier-Saarburg	1 507	12 670	252	1 586	237	1 483	8	62	19	49
RB Trier	7 197	58 491	965	5 572	910	5 271	10	73	177	419
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	75	1 172	4	72	3	10
Kaiserslautern	27	573	14	95	14	95	-	-	.	.
Landau i. d. Pfalz	69	595	20	86	.	.	20	84	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	73	905	4	54	3	20	3	17	-	-
Mainz	192	2 095	53	211	4	12	50	199	10	28
Neustadt a. d. Weinstr.	126	727	39	173	10	42	35	117	-	-
Pirmasens	47	506	14	68	13	60	3	8	.	.
Speyer	23	494	11	65	-	-	11	65	4	8
Worms	209	2 902	77	327	.	.	76	311	7	35
Zweibrücken	74	1 245	28	299	21	196	14	99	4	25
Landkreise										
Alzey-Worms	1 630	17 785	712	3 019	71	256	642	2 647	93	297
Bad Dürkheim	504	5 332	124	671	33	188	95	449	11	25
Donnersbergkreis	1 073	17 957	417	2 216	375	1 992	41	150	53	166
Germersheim	788	7 403	277	1 385	34	95	258	1 257	13	41
Kaiserslautern	593	7 388	143	842	142	816	4	20	32	96
Kusel	810	10 880	160	1 416	154	1 363	.	.	26	70
Südliche Weinstraße	933	6 116	394	1 665	132	420	335	1 178	13	34
Ludwigshafen	567	6 124	51	350	8	123	39	191	11	37
Mainz-Bingen	1 169	11 479	399	2 148	62	307	333	1 780	39	79
Pirmasens	745	7 421	127	723	114	598	17	108	21	62
RB Rheinhessen-Pfalz	9 727	109 096	3 068	15 885	1 195	6 661	1 980	8 699	343	1 017
Rheinland-Pfalz	27 903	283 396	7 296	38 772	5 137	27 994	2 162	9 522	853	2 427

Landwirten und den Brauereien haben die Bedeutung der Braugerste in diesem Gebiet stark beeinflusst. Zu weiteren wichtigen Anbauzentren haben sich die Mittelgebirgslagen der Eifel, des Hunsrücks und der Pfalz entwickelt. Die in der Regel nährstoffärmeren Böden dieser Regionen sind eine gute Voraussetzung, um den Eiweißgehalt der Sommergerste unter 11,5 % zu halten. Dieser Wert wird von den Brauereien zur Anerkennung der Sommergerste als Braugerste vorgegeben. Infolge des niedrigen Ertragsniveaus der anderen Getreidearten sowie wegen der geringen Veredlungsdichte erhöht sich die Wirtschaftlichkeit der Sommergerste zusätzlich.

Auf den Landkreis Mayen-Koblenz entfallen 13 % der Wintergerstenfläche. Ein durchschnittlicher Getreideertrag von 63 dt / ha, der höchste im Land, und die großen Schweinebestände veranlassen hier viele Betriebe, Wintergerste statt Sommergerste anzubauen.

Weizen, die zweitwichtigste Getreideart, stellt hohe Ansprüche an die Fruchtfolge und Bodengüte. Wo die Voraussetzungen zutreffen, ist er die Getreideart mit dem höchsten Deckungsbeitrag. Angesichts der fruchtbaren Böden des Neuwieder Beckens und des Maifeldes dominiert im Landkreis Mayen-Koblenz der Weizen auf 12 120 ha. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz stehen in den Gebieten westlich des Rheins, die ebenfalls über gute Böden verfügen, Sommergerste und Winterweizen in Konkurrenz zueinander. Hier bestimmen die betrieblichen Möglichkeiten des Braugerstenverkaufs die Rangfolge der beiden Getreidearten. In Alzey-Worms, Bad Kreuznach und dem Donnersbergkreis liegt die Sommergerste vorn, in Mainz-Bingen, Ludwigshafen und der Südlichen Weinstraße dagegen der Winterweizen.

Hafer, die zweite wichtige Sommergetreideart, kommt nur noch in den Höhenlagen der Eifel, des Hunsrücks und des Westerwaldes Bedeutung zu. Jedoch verdrängt ihn die Sommergerste hier mehr und mehr.

Auswirkungen der Agrarreform

Neben der Höhe der Ausgleichszahlungen für den Anbau einzelner Fruchtarten ist zukünftig von den Landwirten auch die sogenannte „konjunkturelle“ Stilllegung in ihrer Anbauplanung zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Regelung bekommen Landwirte die Ausgleichszahlungen nur dann, wenn sie einen Teil ihrer mit Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen bestellten Flächen stilllegen. Dieser Anteil wurde zunächst auf 15 % festgesetzt. Er kann jedoch jährlich, entsprechend der Marktlage, verändert werden, daher auch die Bezeichnung „konjunkturell“. Ausgenommen von der Stilllegungsverpflichtung sind die sogenannten Kleinerzeuger. Darunter versteht man Betriebe, die nicht mehr als 92 t Getreide erzeugen. Bei einem durchschnittlichen Getreideertrag in der EG von 46 dt / ha ist dazu eine Fläche von 20 ha notwendig.

Das unterschiedliche Ertragsniveau in der EG kann über die Möglichkeit, regionalisierte Getreideerträge zu

verwenden, berücksichtigt werden. Damit verändert sich die Höhe der Ausgleichszahlungen und die Grenze, ab der die Stilllegungsverpflichtung greift. In Deutschland wurden zunächst die Bundesländer als eine Ertragsregion bestimmt, wobei die Länder weitere Untergliederungen vornehmen können.

Rheinland-Pfalz nutzte diese Regelung und setzte die benachteiligten und die nicht benachteiligten Gebiete als jeweils eine Ertragsregion fest. Daraus errechnet sich für einen Landwirt in den benachteiligten Gebieten eine Zahlung von 265 DM je Hektar Getreide. Die Stilllegungsgrenze liegt bei 20,4 ha. In den nicht benachteiligten Gebieten beträgt, wegen der höheren Durchschnittserträge, die Prämie 303 DM, dafür haben die Landwirte bereits ab 17,8 ha stillzulegen. Für die Eiweißpflanzen werden 688 DM / ha bzw. 787 DM / ha gezahlt. Die Ölsaatenprämie wurde zunächst auf 1 024 DM / ha für beide Gebiete festgesetzt. Die Zahlungen für stillgelegte Flächen belaufen sich auf 477 bzw. 545 DM / ha.

Eine Auswertung des Datenmaterials der Agrarberichterstatter zeigt, daß rund 28 000 landwirtschaftliche Betriebe Flächen bewirtschaften, für die sie Ausgleichszahlungen erhalten können. Von ihnen haben rund 18 000 ihren Betriebssitz in benachteiligten und 10 000 in nicht benachteiligten Gebieten. In beiden Gebieten müssen dabei rund 2 600 Landwirte Flächen stilllegen, weil sie die Grenzwerte überschreiten. Sie verfügen über eine prämieneberechtigte Fläche von rund 184 000 ha. Berücksichtigt man den Silomais, der entweder der Getreide- oder der Futterfläche zugeordnet werden kann, so erhöht sich die Gesamtzahl der Betriebe, die stilllegen müssen, auf rund 5 500. Die Wahlmöglichkeit, den Silomais zuzuordnen, wurde geschaffen, damit den Rindfleischherzeugern die Inanspruchnahme der Prämien im Rahmen der Rindfleischmarktordnung ermöglicht werden kann. Diese Prämien wurden an die Futterflächen gebunden.

Weiterhin haben Betriebsleiter größerer Betriebe die Möglichkeit, sich als Kleinerzeuger anerkennen zu lassen. Die Konsequenz für sie ist, daß sie nur für 17,8 ha bzw. 20,4 ha Prämien erhalten. Dieses Vorgehen ist besonders dann interessant, wenn die Stilllegungsgrenze nur geringfügig überschritten wird und eine betriebsindividuelle Kalkulation zeigt, daß der Gesamtdeckungsbeitrag des Pflanzenbaus ohne Stilllegung höher ist.

Landwirte, die weniger als 17,8 ha bzw. 20,4 ha prämieneberechtigte Fläche bewirtschaften, aber Ölsaaten oder Eiweißpflanzen anbauen, erhalten für diese Flächen nur die Getreideprämie. Erst wenn sie sich an der Flächenstilllegung beteiligen, wird ihnen die jeweilige Prämie gewährt. Hier muß eine betriebsbezogene Kalkulation zeigen, ob der Anbau von Ölsaaten oder Eiweißpflanzen noch sinnvoll ist. Aufgrund vieler Detailregelungen läßt sich die Zahl der Betriebe und die Größe der zukünftig stillgelegten Flächen nur schwer abschätzen.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 734	3 789	3 798	3 804	3 811
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 097	2 066	3 447	2 365	1 952	3 232 ^p	2 868 ^p	2 511 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,5	10,7	7,6	6,0	10,0 ^p	8,8 ^p	7,9 ^p	...
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 561	3 526	3 611	3 725	3 561
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,2	11,2	11,9	11,0
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 651	3 630	3 421	3 246	3 685
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	10,6	10,4	11,4
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	24	15	18	30
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,2	6,8	4,1	5,1	8,2
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 90	- 104	190	479	- 124
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	- 0,3	0,6	1,5	- 0,4
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 323	11 775	14 246	13 880	15 231
* Fortgezogene	Anzahl	7 079	6 862	7 957	7 495	8 786
* Wanderungssaldo	Anzahl	5 244	4 913	6 289	6 385	6 445
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 838	11 122	12 840	10 500	12 561
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	93 064	82 334	78 532	76 161	75 639	89 871	90 729	87 150	89 686
* Männer	Anzahl	45 652	41 970	38 581	37 636	37 560	46 376	46 640	45 184	47 006
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 783	4 231	.	3 367	.	.	.	4 155	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	30 495	27 136	.	25 100	.	.	.	29 445	.
Arbeitslosenquote	%	6,3	5,4	5,1	5,0	5,0	5,8	5,8	5,6	5,7
Offene Stellen	Anzahl	13 956	17 425	21 657	21 084	17 790	25 201	27 859	25 466	18 701
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	993	1 187	.	1 325	.	.	.	1 775	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	5 510	.	5 976	.	.	.	5 785	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 227	6 764	6 461	7 845	8 528	8 716	6 737	10 119	16 174
Männer	Anzahl	3 289	5 086	4 782	5 705	5 951	6 375	5 213	7 821	12 712
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	14 754	15 374	14 904	15 229	16 069	13 092	12 794	13 840	14 953
* Rinder	t	4 786	5 727	5 592	5 847	6 259	4 220	3 872	4 687	5 061
* Kälber	t	26	43	38	36	40	23	19	29	31
* Schweine	t	9 788	9 464	9 147	9 207	9 592	8 753	8 795	8 998	9 717
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	69	66	69	62	62	68	65	62	62
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	95,1	94,4	94,1	95,8	95,2	94,7	94,6
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 666	2 658	2 663	2 664	2 680	2 676	2 668	2 670
* Beschäftigte	1 000	386	394	398	397	395	386	386	385	380
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	263	268	271	270	268	260	259	257	254
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 196	35 271	35 994	36 264	37 503	34 818	29 865	34 580	35 266
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 608	1 725	1 663	1 636	1 689	1 809	1 727	1 713	1 702
* Löhne	Mill. DM	917	980	969	938	989	1 037	980	971	965
* Gehälter	Mill. DM	691	745	694	697	700	772	747	742	737
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 555	9 110	8 802	9 254	9 925	9 151	7 764	9 003	9 010
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 133	3 052	2 758	3 092	3 331	3 088	2 497	3 005	2 917
* Exportquote ⁹⁾	%	36,6	33,5	31,3	33,4	33,6	33,7	32,2	33,4	32,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000t SKE	257	252	-	241	-	-	213	-	
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	672	725	-	660	-	-	741	-	
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	131	133	-	96	-	-	94	-	
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	56	60	-	35	-	-	33	-	
* schweres Heizöl	1 000t	75	73	-	61	-	-	61	-	
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 121	1 135	1 194	1 127	1 194	1 165	1 066	1 098	
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	198	209	182	193	220	190	188	201	
									234	
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	118	116	118	123	119	106	122	119
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	119	117	115	116	125	120	107	115	115
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	110	113	128	129	135	144	128	144	142
Chemische Industrie	1985 = 100	122	119	114	116	127	120	109	114	115
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	108	101	107	103	108	99	119	109
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	120	103	91	91	94	122	113	129	106
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	91	83	95	80	74	73	91	90
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	128	133	135	142	122	104	129	130
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	63	61	74	68	64	41	50	61	54
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	131	155	162	158	173	165	151	166	169
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	421	425	379	371	445	230	283
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 484	3 302	2 674	2 648	2 906	2 838	2 685
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	883	1 715	1 204	1 193	1 262	1 162	1 183
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 994	1 981	1 818	1 793	2 056	1 887	1 766
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	419	446	315	315	486	311	286
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	89	-	89	-	-	-	...	-
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	170	184	-	189	-	-	-	...	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 218	61 200	61 999	62 008	61 713	62 127	62 160	62 364	61 971
Facharbeiter	Anzahl	31 745	31 347	31 115	31 031	31 263	29 875	29 748	30 087	30 017
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 907	15 528	16 565	16 660	16 206	17 705	17 647	17 355	17 024
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 077	6 670	7 786	7 642	7 854	7 947	6 230	7 738	7 839
Privater Bau	1 000	4 635	4 309	4 943	4 839	4 959	5 127	4 224	5 091	5 154
* Wohnungsbau	1 000	2 659	2 431	2 763	2 725	2 793	3 025	2 415	3 005	3 102
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	55	23	102	17	14	16	43	13	13
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 921	1 855	2 078	2 097	2 152	2 086	1 766	2 073	2 039
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 442	2 361	2 843	2 803	2 895	2 820	2 006	2 647	2 685
Hochbau	1 000	523	510	565	588	591	488	362	461	471
Tiefbau	1 000	1 919	1 851	2 278	2 215	2 304	2 332	1 644	2 186	2 214
Straßenbau	1 000	995	953	1 264	1 165	1 234	1 271	882	1 175	1 192
Löhne und Gehälter	Mill. DM	212	225	233	227	237	255	242	246	246
* Löhne	Mill. DM	173	182	192	185	194	206	195	199	198
* Gehälter	Mill. DM	39	43	41	42	43	49	47	47	48
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	661	715	772	833	822	889	795	898	876

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	935	896	922	838	1 078	995	873	996	967
* mit 1 Wohnung	Anzahl	671	616	637	565	732	630	549	611	624
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	164	155	151	147	168	211	177	235	202
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	122	134	126	178	154	147	150	141
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 027	1 045	1 042	1 063	1 076	1 212	1 051	1 238	1 160
* Wohnfläche	1 000 m²	175	182	180	188	194	213	187	218	201
Wohnräume	Anzahl	8 100	8 524	8 377	8 742	9 250	9 737	8 523	10 018	9 292
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	346	371	374	379	388	464	398	471	446
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	2	1	3	12	–	4	5
Unternehmen	Anzahl	152	162	136	170	345	139	83	148	142
Private Haushalte	Anzahl	780	731	784	667	730	844	790	844	820
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	174	163	185	208	188	155	168	220
* Umbauter Raum	1 000 m³	915	1 005	689	1 231	1 143	1 183	928	731	1 315
* Nutzfläche	1 000 m²	145	159	107	209	192	175	152	115	213
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	178	209	131	255	301	266	289	177	265
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	19	27	29	24	25	28	36	44
Unternehmen	Anzahl	139	139	126	138	175	159	122	128	175
Private Haushalte	Anzahl	5	8	10	18	9	4	5	4	1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 036	2 254	2 110	2 368	2 495	2 691	2 331	2 752	2 459
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	2 959	2 833	2 873	3 298	2 900	2 676
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 655	1 622	1 430	1 584	1 891	1 663	1 415
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	225	221	219	255	238	232
Dänemark	Mill. DM	45	49	48	48	58	43	46
Frankreich	Mill. DM	446	432	387	403	480	436	377
Griechenland	Mill. DM	30	28	23	24	34	39	25
Großbritannien	Mill. DM	285	266	263	254	377	270	261
Irland	Mill. DM	12	11	9	9	10	12	10
Italien	Mill. DM	273	258	156	283	297	270	159
Niederlande	Mill. DM	210	211	199	204	224	213	189
Spanien	Mill. DM	108	117	103	113	129	114	88
Portugal	Mill. DM	23	26	22	27	26	27	27
USA und Kanada	Mill. DM	205	195	197	185	210	194	173
Japan	Mill. DM	66	69	67	70	64	55	62
Entwicklungsländer	Mill. DM	397	408	466	415	443	359	398
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	106	91	79	77	92	105	107
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 046	2 340	2 233	2 269	2 450	2 519	1 792
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 155	1 340	1 179	1 219	1 411	1 438	1 004
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	224	303	267	320	296	282	268
Dänemark	Mill. DM	30	45	45	46	60	46	40
Frankreich	Mill. DM	282	313	92	286	331	324	222
Griechenland	Mill. DM	8	8	7	7	9	8	4
Großbritannien	Mill. DM	96	107	103	104	118	112	85
Irland	Mill. DM	11	13	11	9	13	13	10
Italien	Mill. DM	195	203	152	162	199	241	136
Niederlande	Mill. DM	212	230	199	192	258	253	167
Spanien	Mill. DM	80	98	83	76	107	130	52
Portugal	Mill. DM	17	20	22	15	21	28	20
USA und Kanada	Mill. DM	142	162	154	132	171	173	131
Japan	Mill. DM	100	132	127	153	110	154	70
Entwicklungsländer	Mill. DM	287	312	371	334	313	309	269
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	52	59	58	69	68	75	58

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	103	102	103	103	100	101	100	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	119	125	119	116	134	132	112	121	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	107	111	113	113	113	112	114	113	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124	132	129	131	146	134	117	134	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	96	92	98	98	98	96	96	98	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	99	94	98	101	103	97	97	99	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	109	128	131	128	122	127	139	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	116	142	152	150	130	141	161	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	105	119	116	113	116	119	124	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	516	521	725	825	841	701	652	793	...
* Ausländer	1000	122	120	221	193	152	216	187	172	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 757	1 866	2 872	2 838	2 778	2 546	2 656	2 659	...
* Ausländer	1000	386	414	868	629	480	739	746	548	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 509	1 471	1 478	1 287	1 630
* Güterversand	1000 t	931	889	1 018	810	1 013
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 289	17 241	9 137	11 549	14 600	17 564	10 217	13 274	13 873
Krafträder	Anzahl	564	654	565	334	173	963	626	378	235
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 731	15 455	7 522	10 194	13 348	15 410	8 772	11 985	12 651
* Lastkraftwagen	Anzahl	662	787	791	733	812	860	586	666	731
Zugmaschinen	Anzahl	197	185	153	160	151	149	102	136	139
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 466	10 233	10 505	10 729	10 950	10 363	8 934 ^p	9 882 ^p	10 750 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 601	1 539	1 959	1 831	1 565	1 893	1 593 ^p	1 705 ^p	1 606 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 865	8 694	8 546	8 898	9 385	8 470	7 341 ^p	8 177 ^p	9 144 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 194	2 086	2 619	2 492	2 149	2 525	2 163 ^p	2 239 ^p	2 224 ^p
* Getötete	Anzahl	44	39	41	45	40	40	48 ^p	34 ^p	39 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	28	21	15	21	29	25	25 ^p	14 ^p	24 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	14	7	2	9	11 ^p	10 ^p	7 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	3	6	5	2	3	8 ^p	3 ^p	1 ^p
Fußgänger	Anzahl	6	8	5	11	6	2	1 ^p	7 ^p	5 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	575	559	745	656	552	638	615 ^p	588 ^p	667 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	336	320	319	359	322	327
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	94	204	106	97	164
Radfahrer	Anzahl	57	57	113	101	50	84
Fußgänger	Anzahl	64	68	80	61	64	42
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	57	59	58	54	58	75	66	74	59
Angemeldete Forderungen	1000 DM	21 884	38 070	56 282	78 091	15 266	18 727	21 252	67 231	15 299
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	356	347	357	329	329	415	305	327	.
* Wechselsumme	1000 DM	3 163	4 229	4 810	4 079	4 079	5 209	4 359	4 422	.

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 419	100 048	96 744	97 046	97 802	·	·	101 801	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	97 964	98 090	94 687	95 068	95 872	·	·	99 895	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	17 679	20 478	19 109	19 154	19 391	·	·	19 969	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	17 388	19 357	18 596	18 849	18 768	·	·	19 368	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	291	1 121	513	305	624	·	·	601	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 838	10 344	9 688	9 845	10 012	·	·	10 495	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 729	7 615	7 285	7 327	7 378	·	·	8 174	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 109	2 729	2 403	2 518	2 634	·	·	2 321	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 447	67 268	65 890	66 069	66 468	·	·	69 431	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	59 818	59 293	57 833	58 048	58 432	·	·	61 611	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 628	7 975	8 057	8 021	8 037	·	·	7 820	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	92 721	96 418	92 209	92 055	92 169	·	·	97 357	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	14 511	15 224	13 460	13 618	13 573	·	·	14 625	·
* Termineinlagen	Mill. DM	39 025	42 243	41 515	41 296	41 537	·	·	45 080	·
* Spareinlagen	Mill. DM	39 184	38 951	37 233	37 147	37 059	·	·	37 652	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	3 659	4 216	2 073	1 875	1 933	·	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 901	2 350	2 174	1 967	2 012	·	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 620	1 809	1 882	2 029	1 305	1 496	2 065	2 240	1 480
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 121	1 246	1 275	1 518	723	902	1 433	1 685	832
* Lohnsteuer	Mill. DM	813	920	1 196	680	708	884	1 391	812	792
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	149	165	480	-	-	-	524	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	116	147	- 5	476	1	- 48	- 39	517	9
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	42	43	22	24	14	43	32	28	25
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	150	136	62	338	1	23	49	327	6
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	20	21	63	-	-	-	42	-	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	499	563	607	512	582	594	633	555	648
* Umsatzsteuer	Mill. DM	339	386	412	353	395	422	467	416	465
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	160	177	195	158	187	172	165	139	183
* Zölle	Mill. DM	12	13	18	12	15	11	15	9	11
* Bundessteuern	Mill. DM	81	131	162	169	157	181	89	110	95
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	2	2	1	1	0	0	1	0
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	76	90	114	42	94	115	83	110	94
Solidaritätszuschlag	Mill. DM		36	42	123	57	63	2	- 3	- 5
* Landessteuern	Mill. DM	92	109	162	138	96	108	139	87	91
* Vermögensteuer	Mill. DM	21	23	59	6	2	6	61	5	8
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	43	50	69	60	55	63	46	52	57
* Biersteuer	Mill. DM	6	7	9	3	13	8	10	3	5

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	639	680	-	700	...	-	-
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	10	...	-	-
* Grundsteuer B	Mill. DM	104	107	-	123	...	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	466	499	-	499	...	-	-	489	...
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	45	49	-	53	...	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	908	1 052	1 104	1 174	880	932	1 115	1 214	883
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	491	543	548	672	308	388	615	743	330
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	324	366	394	333	378	324	411	361	421
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	842	905	978	999	656	783	1 021	1 066	689
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	486	538	538	664	298	378	607	739	327
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	251	244	278	196	222	250	275	241	227
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	989	1 084	-	1 102	...	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	398	423	-	423	...	-	-	410	...
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	418	480	-	478	...	-	-	527	...
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	107,0	110,7	111,5	111,7	112,0	115,2	115,4	115,7	116,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	109,0	108,6	108,7	112,8	112,0	111,7	111,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	116,4	124,3	125,8	-	-	-	132,7	-	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	20,01	21,31	-	-	21,75	22,68	-	-	...
* Männliche Arbeiter	DM	20,97	22,31	-	-	22,74	23,61	-	-	...
* Facharbeiter	DM	22,05	23,44	-	-	23,86	25,01	-	-	...
* Angelernte Arbeiter	DM	20,15	21,52	-	-	21,95	22,70	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	18,05	19,11	-	-	19,56	20,25	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	DM	14,71	15,75	-	-	16,11	17,09	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	14,60	15,62	-	-	16,00	16,80	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,9	39,5	-	-	39,4	39,6	-	-	...
* Männliche Arbeiter	Std.	40,2	39,8	-	-	39,7	39,9	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,4	38,0	-	-	37,7	38,0	-	-	...
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 942	5 252	-	-	5 350	5 529	-	-	...
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 443	4 716	-	-	4 799	4 967	-	-	...
* männlich	DM	5 311	5 610	-	-	5 698	5 924	-	-	...
* weiblich	DM	3 474	3 714	-	-	3 790	3 956	-	-	...
* Technische Angestellte	DM	5 346	5 676	-	-	5 781	5 984	-	-	...
* männlich	DM	5 468	5 809	-	-	5 916	6 126	-	-	...
* weiblich	DM	3 924	4 208	-	-	4 297	4 472	-	-	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 389	3 576	-	-	3 607	3 904	-	-	...
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 366	3 549	-	-	3 588	3 890	-	-	...
* männlich	DM	3 983	4 173	-	-	4 216	4 661	-	-	...
* weiblich	DM	2 824	2 993	-	-	3 034	3 240	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. - 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. - 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	...	64 116	64 201	64 292
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^{p3)}	43 766 ^{p3)}	56 738 ^{p3)}	48 379 ^{p3)}	50 770 ^{p3)}	51 079 ^{p3)}	50 877 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^{p3)}	75 483 ^{p3)}	70 942 ^{p3)}	71 674 ^{p3)}	69 502 ^{p3)}	72 699 ^{p3)}	70 057 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^{p3)}	75 900 ^{p3)}	68 726 ^{p3)}	68 275 ^{p3)}	71 246 ^{p3)}	70 896 ^{p3)}	70 521 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	- 6 045 ^{p3)}	- 417 ^{p3)}	2 216 ^{p3)}	3 399 ^{p3)}	- 1 744 ^{p3)}	1 803 ^{p3)}	- 464 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 694	1 672	1 610	1 715	1 828	1 822	1 784
Männer	1 000	968	898	885	870	839	921	975	970	953
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,3	6,2	6,0	6,3	6,7	6,7	6,5
Offene Stellen	1 000	314	331	353	350	341	356	341	335	318
Kurzarbeiter	1 000	56	145	146	130	133	229	159	128	204
Männer	1 000	45	117	123	112	102	163	110	92	146
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 552	7 559	7 555	7 357	7 364	7 354	7 328
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	662	619	674	636	626	582	654
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	162 239	146 541	169 327	167 582	161 058	143 283	174 924
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	42 080	37 361	45 830	45 313	42 430	36 255	47 423
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	121	109	124	123	118	105	123
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	111	112	117	106	113	118	117	108	116
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	122	108	131	129	118	101	127
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	122	109	130	119	117	104	125
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	119	129	134	130	131	130	131	125	133
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	32 913	28 926	27 760	30 341
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	2 814	2 420	2 448	2 443
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 034	1 061	1 079	1 086	1 090	1 068 ^p	1 072 ^p	1 079 ^p	1 083 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111	129	113	128	123 ^p	123 ^p	109 ^p	132 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	14 994	13 622	14 567	15 218 ^p	15 837 ^p	15 040 ^p	16 121 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	13 747	12 720	12 244	14 893	15 815
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	11 508	10 575	10 221	12 485	13 289
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 948	2 714	2 556	3 148	3 338
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	3 518	3 197	3 040	3 104	3 516
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	38 530	35 124	33 207	40 518	43 561
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,6	136,4	141,0	124,5	124,5	130,6 ^f	137,6	120,6	131,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,3	120,8	130,0 ^f	133,1	134,7	129,2	132,5	132,4	135,4 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Juni	Jul	August	September	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	58 904	51 695	53 127	51 536	59 841	48 734	55 634
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	31 533	26 297	28 236	28 639	32 059	25 326	30 512
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	3 853	3 581	3 944	4 001	3 820	3 424	40 083
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	7 610	6 374	6 804	6 592	7 398	6 039	7 388
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	4 643	4 064	3 810	4 284	4 816	4 038	4 341
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	5 661	3 710	5 028	5 031	5 923	3 569	5 296
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	4 921	4 517	4 399	4 126	4 919	4 186	4 631
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	58 696	48 596	51 552	49 525	58 560	43 020	50 080
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	30 016	23 214	25 813	25 936	30 560	21 123	25 636
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	3 962	2 933	3 622	3 651	3 846	2 821	3 630
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	6 863	5 396	6 213	5 822	6 724	4 594	5 800
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 730	3 293	3 513	3 448	4 013	3 243	3 587
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	6 307	3 936	4 451	4 884	6 199	3 453	4 274
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	5 210	4 536	4 690	4 432	5 467	4 092	4 859
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 815	3 086	2 941	2 975	2 975	3 237	3 256	3 275	3 287 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 326	2 362	2 362	2 583	2 592	2 609	2 628 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	616	614	614	654	664	666	659 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	2 030	2 045	2 045	2 184	2 192	2 207	2 233 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	718	717	717	743	741	741	738 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	38 848	34 659	49 841	54 337	39 696	39 539	54 370
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	23 001	18 387	36 379	38 133	22 551	22 690	40 110
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	20 225	17 411	16 917	19 006	21 993	22 118	19 772
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	- 185	102	10 774	9 889	- 1 233	- 762	11 219
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	14 764	15 914	13 459	16 201	15 837	16 442	14 258
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	7 627	8 791	7 684	9 331	8 635	9 768	8 590
Zölle	Mill. DM	597	692	689	759	703	600	657	619	622
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	6 526	8 809	9 405	10 396	8 816	8 118	7 633
Versicherungssteuer	Mill. DM	369	488	335	842	336	419	441	879	451
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 964	6 352	6 057	6 723	6 262	6 969	6 736	6 954	7 216
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	95,7	98,3	99,5	99,0	99,2	102,6	101,3	100,3	99,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,7	94,1	94,0	94,2	96,0	96,3	93,7	92,1	90,9 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	101,0	103,4	104,0	104,0	104,3	105,2	105,1	105,1	105,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	-	126,1	-	-	-	132,8	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	116,4	124,3	-	125,8	-	-	-	132,7	-
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	-	122,4	-	-	-	128,9	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	111,5	111,5	111,7	115,2	115,2	115,4	115,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	109,6	109,0	108,6	113,2	112,8	112,0	111,7
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	110,0	110,2	110,7	113,0	113,2	113,5	113,9
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	117,8	118,1	118,5	123,4	123,8	124,6	125,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	89,0	88,8	89,7	90,1	89,8	89,7	89,7
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	110,6	111,1	111,3	114,4	114,5	114,9	115,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	113,9	114,5	115,2	117,8	118,1	118,3	118,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	114,9	114,9	115,4	117,8	117,7	117,7	117,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	108,1	107,9	107,9	112,2	112,2	112,2	112,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	119,4	119,3	119,2	122,9	122,9	124,3	125,5

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾ bis Ende November

Steuerart	Januar - November		Ver- ände- rung
	1991	1992	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 235,6	1 323,9	7,1
Vermögensteuer	275,9	285,9	3,6
Erbschaftsteuer	162,7	123,4	- 24,2
Kraftfahrzeugsteuer	554,5	657,9	18,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	138,5	149,8	8,1
Feuerschutzsteuer	20,8	24,6	17,9
Biersteuer	83,2	82,4	- 1,0
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	5 556,6	5 959,8	7,3
Lohnsteuer	4 162,6	4 604,8	10,6
Veranlagte Einkommensteuer	492,3	501,5	1,9
Kapitalertragsteuer	213,5	208,6	- 2,3
Körperschaftsteuer	688,2	644,9	- 6,3
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 756,7	2 827,9	2,6
Umsatzsteuer	1 546,5	1 572,5	1,7
Einfuhrumsatzsteuer	1 210,2	1 255,4	3,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	107,0	116,0	8,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	8,2	21,9	167,2
I n s g e s a m t	9 664,2	10 249,6	6,1

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Nahezu 600 Kolleginnen in Rheinland-Pfalz

An den drei rheinland-pfälzischen Kollegs werden im Schuljahr 1992/93 insgesamt 597 Kollegiaten unterrichtet. Damit ist ihre Zahl im Verhältnis zum Vorjahr (610) nur leicht rückläufig. Der Frauenanteil beträgt unverändert 53 %.

Immer mehr Kollegiaten bringen als schulische Vorbildung die Fachhochschulreife mit. In diesem Schuljahr sind es 14 % im Vergleich zu 10 % im Vorjahr. In früheren Jahren hatte ihr Anteil immer unter 10 % gelegen. Die größte Gruppe – nämlich 75 % – kommt mit qualifiziertem Sekundarabschluß ins Kolleg (Vorjahr: 78 %), und 11 % haben einen Hauptschulabschluß oder einen sonstigen schulischen Abschluß im Vergleich zu 12 % im Vorjahr.

Im Sommer 1992 verließen 143 Schulabgänger die Kollegs mit bestandenem Abitur. Ein Jahr zuvor waren es 161. mo

Zweitgrößte Weinmosternte

Die diesjährige Weinmosternte in Rheinland-Pfalz beläuft sich auf rund 9,2 Mill. hl. Dies ist nach 1982 (10,6 Mill.) die zweitgrößte Ernte überhaupt. Die im zehnjährigen Durchschnitt erzielte Menge wird um 31 % übertroffen. In den beiden größten Anbaugebieten Rheinhessen und Pfalz wurden jeweils mehr als 3 Mill. hl eingebracht, an Mosel-Saar-Ruwer rund 2 Mill. hl.

Reichlich Sonnenschein im Sommer und Frühherbst führten gleichzeitig zu einer beachtlichen Qualität des geernteten Mostes. Gut zwei Fünftel können mit durchschnittlich 83 ° Öchsle zu Qualitätswein mit Prädikat ausgebaut werden, mehr als die Hälfte ist für Qualitätswein geeignet.

Müller-Thurgau, Riesling, Bacchus und Elbling sowie die roten Sorten Portugieser und Blauer Spätburgunder übertreffen die Hektarerträge des zehnjährigen Durchschnitts um mehr als 20 %. hü

Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau 1992

In Rheinland-Pfalz hat sich der Gemüseanbau unter hohem Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz großflächig in der Pfälzischen Rheinebene ausgedehnt. Auf diese Region entfallen rund 90 % des Gemüsebaus im Land, der sich auf wenige große Gemüsebaugemeinden konzentriert.

Seit 1988 wurden die Produktionsflächen um 29 % auf rund 8 700 ha erweitert. Indes ging die Zahl der Betriebe um 12 % auf 2 360 zurück. Damit hat der einzelbetriebliche Anbauumfang weiter zugenommen. Die Konzentration des Anbaus auf wenige Betriebe ist mit 93 % der Anbaufläche, die auf die 25 % größten Betriebe entfällt, sehr ausgeprägt. Vielfach sind die Erzeuger spezialisiert auf den Anbau einer kleinen Produktpalette im Rahmen des in den letzten Jahren immer breiter gefächerten Gemüsesortiments.

Flächenmäßig von besonderer Bedeutung sind in Rheinland-Pfalz Möhren (1 106 ha), Zwiebel (967 ha), Radieschen (922 ha), Blumenkohl (918 ha), Kopfsalat (881 ha), Spinat (557 ha) und Spargel (477 ha). Neben dem Anbau von Radies wurde vor allem auch die Erzeugung von Brokkoli seit 1988 ausgedehnt. Aber auch bei den traditionellen Gemüsearten waren Zunahmen zu verzeichnen. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 289.

87 % aller landwirtschaftlichen Betriebe mit Ackerland bauen Getreide, Ölfrüchte und Eiweißpflanzen an

Am 21. Mai 1992 beschlossen die EG-Agrarminister eine grundlegende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Einkommen der Landwirte sollen demnach nicht mehr über die Produktpreise sondern durch direkte Einkommenszahlungen gesichert werden.

Besonders betroffen von der Reform sind die Betriebe, die Getreide, Ölsaaten oder Eiweißpflanzen anbauen. Im Zeitraum 1971 bis 1991 verringerte sich die Zahl der Betriebe mit Ackerland um 62 %. Nach wie vor ist Getreide die wichtigste Kulturart. Der Anteil am Ackerland hat sich jedoch gegenüber 1979, wo er mit 79 % am höchsten war, auf 68 % verringert. Demgegenüber haben sich die Flächen für Handelsgewächse, insbesondere Raps und Sonnenblumen, heute auf fast 10 % der Ackerfläche ausgedehnt.

Ölfrüchte werden bevorzugt von den größeren Betrieben angebaut. 77 % der Betriebe mit 100 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche haben Ölfrüchte in der Fruchtfolge. In den kleineren Betrieben sind sie dagegen bedeutungslos. Regionaler Schwerpunkt des Sonnenblumenanbaus sind aufgrund der günstigen klimatischen Bedingungen die Pfälzische Rheinebene und Rheinhessen. In den anderen Landesteilen dominiert dagegen der Winterraps.

Eine der wichtigsten neuen Regelungen für den Marktfruchtbau ist das konjunkturelle Stilllegungsprogramm. Die Teilnahme an diesem Programm ist Voraussetzung um die Einkommensbeihilfen zu erhalten. Ausgenommen von der Stilllegungsverpflichtung sind die Kleinerzeuger. Nach einer Auswertung des Datenmaterials der Agrarberichterstattung fallen knapp 82 % der landwirtschaftlichen Betriebe unter diese Regelung. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 294.

Mehr deutsche, weniger ausländische Gäste Kurbetriebe schnitten gut ab

Trotz des idealen Reisewetters dieses Sommers sank die Zahl der Übernachtungen in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben. Im Zeitraum Januar bis September stieg zwar die Zahl der Gäste um 1,3 % auf 4,8 Mill., doch verringerten sich die Übernachtungen um 2,1 % auf 16,8 Mill. Es kamen mehr deutsche Gäste. Die Zahl der ausländischen Besucher ging um 4,3 % auf 1,1 Mill. zurück und deren Übernachtungen um 9,6 % auf 3,7 Mill.

In den Heilbädern wurden in dieser Zeit sowohl mehr Gäste als auch mehr Übernachtungen registriert (+ 4,3 bzw. + 1,2 %). Hier haben die Kurbetriebe überdurchschnittlich gut abgeschnitten (+ 4,9 bzw. + 3,8 %).

Unter den Fremdenverkehrsgebieten hatte ausschließlich das Rheintal eine insgesamt positive Entwicklung mit Zuwachsraten von 1,6 bzw. 1,3 %. sr

Kraftfahrzeug-Bestände steigen

Vom 1. Juli 1991 bis zum 1. Juli 1992 erhöhte sich der Kraftfahrzeug-Bestand in Rheinland-Pfalz um 2,5 % auf 2,35 Mill. Fahrzeuge. Darunter sind 1,98 Mill. Personenkraftwagen (plus 2,4 %).

Die Kfz-Dichte von landesweit 623 Fahrzeugen auf 1 000 Einwohner wird im Regierungsbezirk Trier (639) deutlich übertroffen. Die Regierungsbezirke Koblenz (623) und Rheinhessen-Pfalz (620) weisen durchschnittliche Kfz-Dichten auf. Die höchsten Werte errechnen sich für die ländlich strukturierten Kreise Alzey-Worms (708), Südliche Weinstraße (705) und Bitburg-Prüm (691). Mit 516 Kraftfahrzeugen auf 1 000 Einwohner hat die Stadt Trier unter den kreisfreien Städten den niedrigsten Wert im Land.

Von Januar bis September 1992 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 131 428 Personenkraftwagen (einschließlich Kombis) neu zum Verkehr zugelassen. Das sind 13,5 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Zahl der mit Ottomotor weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Zahl der mit Ottomotor angetriebenen Pkw zurückging, wurden mehr Diesel-Pkw zugelassen. kl

Themen des letzten Heftes**Heft 11 / November 1992**

Piloterhebung im Dienstleistungssektor

Wohngeld 1991

Bauüberhang 1991

Insolvenzen im ersten Halbjahr 1992

Todesursachen 1991

Die Konjunkturdatei im Landesinformationssystem

Neues Betriebssystem im Rechenzentrum

Zeichenerklärungen

-	genau Null / nichts vorhanden	D	Durchschnitt
0	Zahl ungleich Null, aber kleiner als die Hälfte des Wertes der kleinsten ausgewiesenen Stelle	p	vorläufige Angabe
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigte Angabe
...	Angabe fällt später an	s	geschätzte Angabe
()	Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ • 1.-8. Jahrgang 1948 – 1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz • Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz – Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr – Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Postfach, Mainzer Straße 14 – 16, Fernruf (026 03) 71 245, Telefax (026 03) 71 315 oder durch den Buchhandel – Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.